

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Mißglückter Rettungsversuch des Kapitals:

Inflationsswelle über England

Neuer Pfundsturz — Rückwirkung auf die Industrieländer

Proletariat als Prügelknabe

London, 1. Dezember.

Die katastrophale Abwertung des englischen Pfundes, die in Zusammenhang mit den Abgaben der Bank von Frankreich gebracht wird, setzte sich heute in verschärftem Tempo fort. Der Dollar, der am Montag aus London mit 3,41 $\frac{1}{2}$ gemeldet wurde, war heute mit 3,27 bis 29 zu hören, was einem Markkurs von 13,80 RM. für ein englisches Pfund gegenüber einer gestrigen amtlichen Berliner Notiz von 14,75 RM. entsprechen würde.

*

†Berlin, 1. Dezember.

Die Entwertung des Pfundes ist keine innerenglische Angelegenheit, die uns nichts angeht. Man kennt die Wirkung solcher Geldentwertung auf das Inflationland: für eine kurze Zeit dehnt sich der Export aus, Arbeiter finden Beschäftigung in diesen Industrien. Selbstverständlich bei sinkenden Reallohnen. Dann kommt die Abwehr der anderen Länder gegen das Valuta-Dumping, der Profit im ganzen wird wieder geringer — der Rückgriff auf den Proletariat als Produzent und Konsument ist der Weg des geringsten Widerstandes, die Löhne werden gesenkt, die Preise auf dem Innenmarkt — Rohstoffprodukte müssen in Goldwährung bezahlt werden, dazu die Zölle! — steigen.

Selbstverständlich rühren sich die „Wirtschaftsführer“ in den anderen Ländern. Gegen die englische „Schmutzkonkurrenz“ muß etwas getan werden. Was? Die Löhne werden gedrückt. Die Exportindustrien, in Deutschland z. B. die Textilindustrie, doppelt belastet durch die englische Konkurrenz plus deren Einfuhrzoll, schließen die Betriebe — vermehrte Arbeitslosigkeit mit allen ihren Folgewirkungen des verderblichen Kreislaufs.

Die Bankenzusammenbrüche in Oesterreich und Deutschland haben übergriffen auf England, sind eine Ursache der Pfundentwertung. Die Wirkung der Pfundentwertung wiederum greift zurück auf die europäischen Industriestaaten. Jede Pleite in England zieht wieder Pleiten in Deutschland nach sich und umgekehrt. Der Kapitalismus kann nicht heraus aus dem Netz, das er selbst gesponnen hat. Auch die Masche der Inflation ist zu eng, er muß sich darin verfangen.

Eine Warnung für deutsche Inflationssmacher! Die Absicht Englands war, das Pfund nach einer etwa 20%igen Entwertung zu stabilisieren; also zu einem Kurs von etwa 16,20 gegenüber der Mark. Jedoch es zeigt sich, daß eine Inflation leichter begonnen als abgestoppt ist. Umso unverständlicher ist es, daß die Inflationssuche, obwohl wir das alles doch „schon einmal gehabt“ haben, in Deutschland immer weitere Kreise infiziert. So hat vor einigen Tagen der kluge Wirtschaftspolitiker des „Berliner Tageblatts“, Felix Pinner, einer „Devaluation“, einer „Abwehrung“ der Mark, wie ein feuriger Liebhaber das Wort geredet und mit starken Worten (aber auch nur mit Worten) beschworen, daß das ganz was anderes sei als eine Inflation. Wer's nicht glaube — und auf Glauben war die „Beweisführung“ abgestellt — zahle zwar nicht einen Thaler (das kommt dann erst hinterher als „Gratiszugabe“), sondern sei eben ein Ignorant, womit der „wissenschaftlichen“ Argumentation ja Genüge getan ist.

Andersherum schwören wieder die Reichsregierung und einige „Wirtschaftsführer“. Sie versichern, daß sie an eine Inflation gar nicht denken. Aber ob sie daran gedacht haben, wie sie zu vermeiden ist, wird leider nicht gesagt. Nichtdenken ist ja eine beliebte Regierungsmethode, jedoch können ihre bisherigen Resultate kaum dazu ermutigen, Versicherungen als Sicherheiten ungeprüft zu übernehmen. Die bisherige Methode der Lohnsenkung und langsamen Aushungerung im Verein mit großzügigen Subventionen hat die Kassen des Reiches, der Länder und Gemeinden nicht gefüllt. Wenn die Dirigenten keine andere Partitur als die bisherige haben, wird das Konzert, so ist zu fürchten, in einer Mißtönei enden, die nur den Auftakt zu einer neuen Bettleroper & Ia 1923 sein kann. Die „Stillhalter“ soll dann wieder die arbeitende Masse stellen. Aber — das sei zum Schluß betont — wir schreiben nicht mehr 1923!

Textilarbeiterkampf in England Abbruch der Verhandlungen

London, 30. November.

Die in der englischen Baumwollindustrie über die Arbeitszeitfrage ausgebrochenen Meinungsverschiedenheiten führten heute zu weiteren Komplikationen. Die seit einiger Zeit in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen der Vereinigung der Master Cotton Spinner Association (Spinnerei-Gewerkschaft) und der Spinnereivereinigung über eine Herabsetzung der Kosten in der Spinnabteilung der Lancashire Baumwollindustrie wurden heute plötzlich abgebrochen. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß infolge der ausgebrochenen Schwierigkeiten über das Arbeitszeitabkommen weitere Besprechungen zwecklos wären.

*

Die Unternehmer haben die Empfehlung ihres Zentralkomitees befolgt und die Kündigung des Arbeitszeitabkommens ausgesprochen, um von der 48-Stundenwoche zur 55 $\frac{1}{2}$ -Stundenwoche überzugehen.

Sozialdemokratie toleriert weiter

Berlin, 1. Dezember 1931

Der Parteiausschuß und die Reichstagsfraktion der SPD sind heute im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Die Debatte ging um die Frage der Beendigung der Tolerierungspolitik, von der zahlreiche Teilnehmer der Tagung die schwersten Rückschlüsse für die SPD erwarteten. Eine Aenderung dieser Politik ist allerdings nicht zu erwarten.

Reichstagsfraktion und Parteiausschuß der SPD haben in ihrer Dienstag-Sitzung der Partei- und Fraktionsleitung volle Handlungsfreiheit erteilt mit der Maßgabe, daß sofort nach Bekanntgabe der Notverordnung die Fraktion zur Stellungnahme zusammentritt. Diese Formel verhüllt nur dürrig die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Instanzen weiterhin nichts gegen die Brüning-Reaktion tun wollen.

Politik im Kapitalismus Staatssekretär Schäffer im Hause Ullstein

ZN. Berlin, 29. November.

Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Herr Schäffer hat die Stellung des Generaldirektors der Firma Ullstein angenommen. Vor zwei Jahren aus dem Reichswirtschaftsministerium als Staatssekretär ins Finanzministerium gekommen, trat er sogleich bei den Verhandlungen im Haag hervor, in denen er zwischen den einander widersprechenden Berliner Deputierten zu lavieren versuchte. Ungleich dieser mißglückten Zwischenstellung bei Reichsinteressen hat sich Herr Schäffer im Hause Ullstein als erfolgreicher Vermittler betätigt, indem er bei dem Streite der Brüder und Neffen um die Firma als Schiedsrichter, übrigens mit ausdrücklicher Genehmigung des Ministers Dietrich, einen materiellen Ausgleich zustande brachte.

Die Pressestelle der Reichs-

regierung, gibt uns auf unsere Anfrage den ausweichenden Bescheid, daß die Nachricht der Zeit-Notizen schon seit einigen Tagen eifrig besprochen werde. Richtig sei zwar, daß dem Staatssekretär Schäffer das Angebot des Verlages Ullstein gemacht worden sei. Aber

die Nachricht, daß der Staatssekretär die ihm gebotene Stellung angenommen, eine „wohl“ den Tatsachen voraus.

Jedenfalls sei Herr Schäffer noch im Amt.

Von einer Seite, die dem Verlag Ullstein nahesteht, hören wir indessen, daß Herr Schäffer bereits am Freitag vergangener Woche seine Tätigkeit als Generaldirektor des Verlages ausgenommen habe.

Darum ist die Frage wohl berechtigt: Geschieht das ebenfalls mit Billigung des Reichsfinanzministers Dietrich?

13 Jahre zu spät Reform des preußischen Disziplinarrechts

Fesseln fallen — bei wem?

Dem Volke wird genommen — den Beamten wird gegeben

Berlin, 30. November.

Im Preußischen Landtag ist als Initiativantrag der Koalitionsparteien und einiger anderer Gruppen ein Gesetzentwurf über die Umgestaltung des Dienststrafrechts der preußischen Beamten mit Ausnahme der Richter und Kommunalbeamten, eingebracht worden, der noch vor Weihnachten verabschiedet werden soll. Während bisher Körperschaften, die von verwaltungsmäßigen Bindungen nicht frei waren, über dienstliche Verfehlungen der Beamten zu erkennen hatten, soll diese Aufgabe künftig unabhängigen Gerichten übertragen werden, die in einem mit allen Rechtsgarantien umgebenen Verfahren entscheiden.

Als untere Instanzen werden in den Regierungsbezirken Dienststrafkammern errichtet; die oberste Instanz wird ein Großer Disziplinarhof in Berlin sein.

Das Staatsministerium als politische Behörde wird also künftig nicht mehr mit Disziplinarfragen befaßt. Außer dem Verfahren, das grundsätzlich öffentlich sein soll, wird auch das materielle Dienststrafrecht in einigen Punkten geändert. An Stelle der Strafversetzung soll z. B. die Gehaltskürzung treten. Außerdem ist eine Verjährung, und zwar in fünf Jahren, vorgesehen.

Berlin, 1. Dezember.

Es geht seltsam zu mit den schwarzrotgoldenen Reformen! In dreizehn Jahren schwarzrotgoldener Preußenregierung fand man nicht die Zeit, das völlig veraltete Disziplinarrecht den Erfordernissen des modernen bürgerlichen Staats anzupassen, die Staatsbürgerrechte der Beamten durch eine der regulären Justiz entsprechende Disziplinar-

gerichtsbarkeit zu ergänzen, ja überhaupt erst wirksam zu machen. In einer Zeit, wo die Volksstimmung republikanisch-freieitlich war, überließerte man die Beamten einer Disziplinarjustiz verzapfter Reaktionäre, denen man bei der Rettung des kapitalistisch-bürgerlichen Staats wohl oder übel die leitenden Funktionen hatte lassen müssen. Heute, wo es längst zu spät ist, um mit einem dem bürokratischen Cliqueninteresse entzogenen Disziplinarrecht Sprengpulver in diese Bastion der bürgerlichen Klassenherrschaft zu legen — heute ist man so weit.

Heute, wo die Freiheiten der Bourgeois-Republik längst zur Sage geworden sind, wo der bürgerliche Staat den Terror erzeugt hat, um überhaupt noch seine Machtfunktion ausüben zu können; heute, wo es sogenannte republikanische Beamte praktisch überhaupt nicht mehr gibt — weil es eine demokratische Bourgeoisie nicht mehr gibt — außer vielleicht in einigen höheren, unmittelbar von der Regierung abhängigen Stellen — in dieser Situation gibt die Regierung der Beamtenschaft eine bürgerliche Freiheit, die sie ihr 13 Jahre schuldig blieb. In dieser Situation bedeutet ein solcher Schritt nichts anderes, als daß auch nur der Versuch unmöglich gemacht wird, daß die Regierung ihren angeblich demokratischen Willen gegen eine fortschreitend faschisierte Beamtenschaft durchsetzt.

Gewiß ist längst der Inhalt des Staates in Widerspruch geraten zu seiner demokratischen Form, von der überhaupt nur Trümmer geblieben sind. Gewiß wäre es sinnlos, zu meinen, man könne mit dem Druck auf die Beamtenschaft den Inhalt des Staates zurückverwandeln. Aber hat man das begriffen, als es

Zeit war? Hier gerade zeigt sich die völlige historische Verstandlosigkeit sozialdemokratischer Politik.

Ohne Verständnis für die soziale Funktion der Demokratie, sah man 18 Jahre vor ihre Form, war man außerstande, im Volk die Kräfte zu entfesseln, die die Demokratie des bürgerlichen Staates zur Waffe des revolutionären Kampfes des Proletariats hätten machen können. Das bürgerliche Disziplinärrecht, ergänzt durch das Verbot, für „unbürgerliche“ Parteien tätig zu sein, kappte die Bürokratie während der revolutionären Welle im Volk vom Volk ab, schied sie aus jeder denkbaren Beeinflussung durch die große Massenbewegung. Damit nahm man sich selbst die Möglichkeit, mit der Waffe der Demokratie die bürokratische Maschine unfähig zu machen, gegen das Volk zu wirken; so damit unfähig zu machen, ihre Herrschaftsfunktion in der kapitalistischen Welt zu erfüllen. Und das hätte die Unterwühlung eines der festesten Pfeiler des bürgerlichen Staates bedeutet, hätte der proletarischen Revolution ein wichtiges Einfallstor geöffnet. Heute wird dieses Tor der nationalsozialistischen Terroratmosphäre bedingungslos geöffnet.

Dann setzte die Sozialdemokratie, verständnislos gegenüber der zunehmenden revolutionären Atmosphäre im Proletariat, diese vom geringsten Einfluß des Volkes befreite bürokratische Maschine in Bewegung gegen das Proletariat. Und heute, wo dem Volk alle bürgerlichen Freiheiten genommen sind, gibt man diesem gegen das Volk verselbständigten bürokratischen Apparat eine entscheidende bürgerliche Freiheit!

Vor kurzem noch sprach man den Beamten die Rechte der ungehinderten politischen Meinungsäußerung und Betätigung ab. Zweifellos ein vergeblicher Versuch, eine sozial verwurzelte Entwicklung zu hemmen. Severing „duldet“ Kommunisten und Nationalsozialisten nicht in der Verwaltung. Nun, die Nationalsozialisten sind auch ohne ihn und gegen ihn stark geworden und in die Verwaltung durch alle Poren eingedrungen; und sei es durch den Uebertritt sozialdemokratischer Beamter zur Nationalsozialistischen Partei. Die Kommunisten, alle klassenbewußten Proletarier aber sind endgültig aus dem gesamten Verwaltungsapparat verschwunden. Das bleibt das historische Ergebnis der Severingschen Staatspolitik. Jetzt endlich hält man die Beamten für würdig, der Rechtsgarantien der bürgerlichen Freiheit teilhaftig zu werden. Jetzt!

Und fast die einzige Ausnahme an dem einzigen Punkt, der auch heute noch der bürgerlichen Klassenherrschaft gefährlich werden könnte: Die Richter bleiben nach wie vor der Sonderjustiz ihrer Kaste überlassen. Und das richtet endgültig dies ganze Projekt!

Preußen, das Reichsgericht und das braune Hemd

Das Reichsgericht hat auf eine Beschwerde der Nationalsozialisten hin ein Uniformverbot des Oberpräsidenten für das Rheinland für ungültig erklärt, weil das Verbot „von der Verordnung des Reichspräsidenten in keiner Weise gedeckt“ sei. Damit hat sich das Reichsgericht erneut in Widerspruch zu den preussischen Behörden gesetzt.

Der Berliner Polizeipräsident teilt dem auch gleich mit:

„Durch die Presse geht verschiedentlich die Nachricht, daß der Dritte Strafsenat des Reichsgerichts ein vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassenes Verbot des Tragens politischer Abzeichen für die NSDAP als rechtsungültig bezeichnet habe. Das in Frage kommende Urteil ist amtlich noch nicht bekannt, betrifft aber, wie aus den Pressemitteilungen zu schließen ist, einen Sonderfall. Der Polizeipräsident weist deshalb darauf hin, daß das von ihm am 9. April 1931 erlassene Uniformverbot für die NSDAP in keiner Weise durch die in Frage kommende Reichsgerichtsentscheidung berührt, und daß das Verbot weiterhin mit allem Nachdruck durchgeführt wird.“

An dem Schlußsatz dieser Nachricht wollen wir uns keine Zweifel erlauben.

Todeszuckungen des Kreditystems

München, 30. November.

Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, ist die Bayerische Staatsregierung bei der Reichsregierung dahin vorstellig geworden, daß zur Erleichterung der Notlage der Landwirtschaft ein wirksamer Vollstreckungsschutz geschaffen werde.

Vollstreckungsschutz — das heißt, daß die Gläubiger der Bauern ihre Ansprüche nicht mehr fristgerecht befriedigen können. Das bedeutet weiter, daß auch diese Gläubiger — dörfliche und kleinstädtische Kaufleute, Maschinenfabriken usw. — nicht mehr zu den Fälligkeitsterminen ihr Geld erhalten können. Das Ergebnis ist also eine neue Erschütterung des gesamten kapitalistischen Kreditystems, das schon heute von äußerster Labilität ist und durch irgendeinen äußerlich gar nicht bedeutungsvollen Eingriff zum völligen Zusammenbruch gebracht werden kann.

BöB-Affaire in New York? Der mit gerichtlichen Vollmachten ausgestattete staatliche Untersuchungsausschuß, der die Skandalangelegenheiten der New Yorker Stadtverwaltung nachgeprüft, hat die Morgan-Bank aufgefordert, sämtliche Belege vorzulegen, die Effekengeschäfte des Bürgermeisters Walker betreffen. Der Vorfall hat großes Aufsehen verursacht.

Anfrage im Unterhaus

Chamberlain stellt den Weitbühnenprozeß zur Debatte

London, 1. Dezember.

Im Unterhaus hat gestern der Konservative Sir Austen Chamberlain eine Anfrage an den britischen Außenminister gerichtet hat, in der er „in Anbetracht des Einflusses der jüngsten Staatsprozesse in Deutschland auf die Abrüstungsfrage“ bittet, über die Gründe Auskunft herbeizuführen, derentwegen ein Ausländer auf Grund seiner Beteiligung an einer Versammlung des Stahlhelms in Breslau verurteilt wurde, nachdem der Stahlhelm von der Reichsregierung als privater Verein ohne militärische Absichten bezeichnet worden war. Ferner bittet Chamberlain den Außenminister, ihm zu erklären, weshalb ein deutscher Redakteur (von Ossietzky, Die Red.) wegen des Artikels über die zivile Luftfahrt in Leipzig wegen Verrats militärischer Geheimnisse verurteilt wurde.

Der Staatssekretär der Auswärtigen Angelegenheiten Sir John Simon hat geantwortet, daß er den britischen Botschafter in Berlin angewiesen habe, bei der Reichsregierung Erkundigungen einzuziehen. Er würde deren Resultat dann dem Interpellanten bekannt geben.

Austen Chamberlains Motive können nicht bezweifelt werden. Sicherlich ist er nicht „deutschfeindlich“, wie die nationalistische Presse ihn wegen seiner Anfragen im Unterhaus zu charakterisieren sucht. Im Gegenteil: Sein Name steht neben denen Stresemanns und Briands unter dem Dokument von Locarno, dessen Abschluß die Kriegsatmosphäre in Europa hatte beseitigen sollen. Chamberlain erkennt nun, daß die Absichten, zu deren Helfer er sich damals gemacht hat und die darauf abzielten, den Nationalismus in Deutschland zurückzudrängen,

illusionär gewesen sind. Er kämpft deshalb für seinen persönlichen Ruf, wenn er die neuesten Vorgänge in der deutschen Justiz zum Angelpunkt seiner Beschwerden macht.

Ueber den Eindruck, den die Anfrage Sir Austen Chamberlains an den Staatssekretär Sir John Simon im Unterhaus in Berliner politischen Kreisen gemacht haben soll, teilt die Telegraphen-Union mit. Sie meint, dieser Schritt habe dort recht merkwürdig berührt, um so mehr, als die Spitze der Anfrage gegen das Reichsgericht unverkennbar sei. Eine Erklärung für dieses Vorgehen Chamberlains sei höchstens in der Tatsache zu suchen, daß er seit jeher ein ausgesprochener Franzosenfreund ist, der sogar einmal öffentlich erklärt habe, daß er Frankreich liebt wie eine Frau. Nach dem jetzt in Berlin vorliegenden genauen Bericht hat Außenminister Simon auf die Anfrage Chamberlains geantwortet, er habe einen Bericht des englischen Geschäftsträgers in Berlin bereits vorliegen. Er werde nicht verfehlen, den Bericht einzusehen und ihn an Chamberlain weiterzuleiten. Aus dieser Antwort wird in Berlin geschlossen, daß die Gelegenheit im Unterhaus nicht weiter zur Sprache kommen wird und somit erledigt sein dürfte.

Die Hoffnungen, zu deren Dolmetsch sich die Telegraphen-Union hier macht, scheinen von dem Wunsch diktiert, der zweifelsohne auch die Reichsregierung beseelt, weitere Schwierigkeiten in den internationalen Beziehungen zu vermeiden und ferner den schlechten Eindruck zu verwischen, den der Schritt Chamberlains auf die ununterrichtete deutsche Öffentlichkeit machen mußte.

Ein interessantes Bekenntnis

Benesch für Staatskapitalismus

Moskau nach rechts — Europa nach links

Eine recht interessante und an den üblichen ministeriellen Auslassungen gemessen recht ungewöhnliche Rede hat am Montag der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch gehalten. Er hat sich klipp und klar eingesetzt für einen Staatskapitalismus, weil die Zeit eines individualistischen, antisozialistischen Staats, wie es die konstitutionelle Monarchie nach der französischen Revolution, also bis zum Kriege, gewesen wäre, vorbei sei.

„Heute nun kommt“, so führte der Minister aus, die vierte Konzeption, die Entwicklung zu einem modernen Staat, der Staat übernimmt nicht bloß neue kulturelle, sondern auch soziale und wirtschaftliche Funktionen. Das bedeutet, daß der Staat je länger, je mehr in das Wirtschaftsleben eingreifen wird. Die russische Revolution hat diese natürliche Entwicklung des Staates übertrieben, hat sich zu stark nach links gewendet. Es ist sicher, daß Rußland in seiner Entwicklung etwas nach rechts gehen wird, alle anderen Staaten aber werden mit Rücksicht auf ihre wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in ihrer Entwicklung nach links gehen. Eine derartige wirtschaftliche und soziale Entwicklung geht täglich vor sich. Der Staat übernimmt täglich sich erweiternde Funktionen, er greift immer mehr in die Regulierung des Wirtschaftslebens und den Ausgleich der Klassenunterschiede ein. Die reichsten Schichten müssen von ihren unbegrenzten Einnahmen nachlassen und den Staat erwartet auch die Lösung der Frage, wie man allen Bürgern Arbeit be-

schaffen soll und wie er durch Ermöglichung von Arbeit die Arbeitslosenbeiträge beseitigt, welche die Arbeiter auch nicht haben wollen. Sie wollen Arbeit. Und daher ist heute die Frage der Arbeitslosigkeit für alle Staaten und für alle Volksschichten das Kardinalproblem.“

Das ist wie gesagt ein, wenn auch vorsichtiges Bekenntnis zum Staatskapitalismus. Herr Benesch weiß vielleicht selbst nicht, auf welche Bahn er sich da begibt, daß er viel weiter „nach links“ wird gehen müssen, als er sich heute träumen läßt. Vielleicht glaubt er, immerhin einsichtiger als seine Kollegen, daß mit solcher Ankündigung das wankende Gebäude des Kapitalismus sich retten ließe. In der Praxis wird auch dieser Minister kaum weitergehen wollen als man es in Deutschland tut, wo wir ja auch schon eine „Sozialisierung“ haben, nämlich die „Sozialisierung der Pleiten“, einen ausgesprochen sozialreaktionären Kurs, der den ausgeplünderten werktätigen Schichten das Letzte nimmt, um es den pleitemachenden „Wirtschaftsführern“ zur „Sanierung“ zuzuführen. Herr Benesch, wie gesagt, verspricht zwar anderes, aber damit er es durchführt, wird es nach wie vor des klassenkämpferischen Druckes der Arbeiterschaft bedürfen, und dann freilich wird diese Revolution nur enden können mit der Beseitigung des Staates, der das Instrument der kapitalistischen Klasse ist. Das ist der Zug einer Entwicklung, der Herr Benesch einen wenn auch dürftigen Erkenntniszoll gezahlt hat.

„Die Reichsregierung arbeitet mit Hochdruck“

So sagt die Telegraphen-Union und verbreitet den folgenden Bericht:

Berlin, 1. Dezember.

Die Fachministerien arbeiten zur Zeit mit Hochdruck, um die geplanten Notverordnungsmaßnahmen möglichst noch bis zum Sonnabend fertigzustellen. Am Dienstag vormittag fand im Reichsfinanzministerium eine ausgedehnte Besprechung statt, an der sich auch das Reichsarbeitsministerium beteiligte und deren Ergebnis in einer Chefbesprechung, die für nachmittags 16 Uhr vorgesehen ist, zur Beratung stehen dürfte. Obwohl die beteiligten Kreise peinlichstes Stillschweigen bewahren und nicht die Frage beantworten, ob überhaupt eine Erhöhung der Umsatzsteuer geplant sei, geht man dennoch nicht fehl in der Annahme, daß es sich nur noch um das Ausmaß der Erhöhung dieser Steuer handelt, wobei aber der Haushaltsausgleich, der durch diese und vielleicht noch andere Maßnahmen auf steuerlichem Gebiet erreicht werden soll, die allgemeine Tendenz der Herabsetzung des gesamten Preisstandes nicht durchbrechen darf.

Was die vielbesprochene erneute Kürzung der Gehälter sowohl der Beamten, wie in der Privatwirtschaft angeht, so wird versichert, daß eine solche Maßnahme nur im Zuge der allgemeinen Preis- und Lohnpolitik in Frage kommen könne, deren Ziel die Senkung des allgemeinen Preisstandes überhaupt sei.

Das peinliche Stillschweigen der Reichsregierung hat schon mehrmals noch peinlichere Ueberraschungen für die Arbeiterschaft gezeitigt. Nach den eigenen Erklärungen des Reichskanzlers an die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ist übrigens gar kein Zweifel darüber mehr erlaubt, daß die neue Notverordnung erhebliche Lohn- und Gehaltsenkungen mit sich bringen wird.

Fünfjahresplandebatte in Prag

In der Haushaltsdebate des tschechoslowakischen Abgeordnetenhauses erklärte der Abgeordnete Seba, er könne aus eigener Erfahrung berichten, daß der Fünfjahrplan sehr ernst zu nehmen sei. Auf einigen Gebieten, so z. B. in der Naphtha-Industrie, sei er bereits in vier Jahren durchgeführt worden, während er auf anderen Gebieten vielleicht erst in zehn Jahren verwirklicht werden würde. Den Aufbau Rußlands führten nicht die Russen, sondern die Amerikaner und die Deutschen durch. Seba trat für den Abschluß eines Handelsvertrages mit Sowjetrußland ein, das der Tschechoslowakei Rohstoffe im Werte von zwei Milliarden, für die in Preßburg und Komora Lager zu errichten wären, zur Verfügung stellen solle, wofür die tschechoslowakische Industrie Erzeugnisse liefern könnte.

„Der Angriff“ hat gegen das bis zum 7. Dezember ausgesprochene Verbot der Zeitung beim Polizeipräsidenten Beschwerde eingelegt.

Einberufung des Aeltestenrats

Wird der Reichstag zusammentreten?
Berlin, 1. Dezember.

Das Reichstagspräsidium beschäftigt sich zur Zeit mit dem Antrag der Kommunisten, den Aeltestenrat zu einer Sitzung einzuberufen, in der die kommunistische Fraktion die Reichstagseinberufung zum 4. Dezember beantragen will. Präsident Loebe, der zur Zeit in Nürnberg weilt, ist telegraphisch um eine Entscheidung gebeten worden. Gegebenenfalls würde Vizepräsident v. Kardorff die Einberufung des Aeltestenrats veranlassen. Die Meldungen, wonach der vereinfachte Weg einer schriftlichen Befragung der Fraktionen über ihre Stellungnahme zu dem kommunistischen Antrag eingeschlagen werden soll, sind irrig. Die Einberufung des Aeltestenrats muß nach der Geschäftsordnung erfolgen, wenn es drei Mitglieder verlangen. Die kommunistische Fraktion ist ihrer Stärke entsprechend mit drei Mitgliedern im Aeltestenrat vertreten. Wie verlautet, ist die Zusammenberufung des Aeltestenrats für Freitag dieser oder Montag nächster Woche in Aussicht genommen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich noch nicht darüber entschieden, ob sie dem Antrag auf Einberufung des Reichstags zustimmen wird.

Mittelstand gegen erhöhte Umsatzsteuer

„Beschwörungen“ helfen nichts!

Berlin, 1. Dezember.

Das Reichskartell des selbständigen Mittelstandes, die Arbeitsgemeinschaft der Reichsfachverbände, hat in einer Eingabe an den Reichskanzler und den Reichsfinanzminister die Reichsregierung beschworen, die Erhöhung der Umsatzsteuer abzulehnen. Es müsse, so heißt es in der Eingabe, der Regierung bekannt sein, daß schon jetzt zur Erfüllung der untragbaren Steuerlasten die letzten Betriebsmittel zur Befriedigung des Steuerfiskus verwandt würden, um einer Verschleuderung der Habe durch Zwangsmaßnahmen auszuweichen. Die Umsatzsteuer sei in der letzten Hand nicht abwählbar und müsse auch bei Verlustgeschäften gezahlt werden. Die meisten heute getätigten Geschäfte seien, wie die zunehmende Zahl der Konkurse beweise, Verlustgeschäfte, so daß also schon jetzt die Umsatzsteuer zum größten Teil eine substanzvermindernde bzw. aus den Mitteln der Gläubiger entrichtete Steuer sei.

Der Ruin des Mittelstandes wird durch solche Beschwörungen nicht aufgehalten werden. Die letzten Ueberbleibsel dieses Standes wehren sich vergeblich gegen ihre Proletarisierung. Sie werden gemeinsam mit den Arbeitern kämpfen müssen, wenn sie nicht völlig ausgelöscht werden wollen.

Zeitungsverbot in Anhalt

Dessau, 1. Dezember.

Das anhaltische Staatsministerium hat den in Coswig erscheinenden nationalsozialistischen „Anzeiger“ wegen eines Artikels, der geeignet sei, die politischen Gegensätze aufs Äußerste zu verschärfen, für acht Tage verboten.

Der letzte Schlag

Zwangs-Faschistisierung der italienischen Hochschulen

Rom, 30. November.

Die Faschistisierung der Hochschule ist seit jeher eine Forderung weiter Kreise des Faschismus gewesen. Wie es scheint, stehen in dieser Richtung einschneidende Aenderungen bevor. Es verlautet, daß eine Reihe von Hochschullehrern es abgelehnt hat, eine ihnen vor kurzem vorgelegte Verpflichtung, die Jugend in faschistischem Geist zu erziehen, anzunehmen und daß sie daher in den Ruhestand versetzt werden sollen. In Rom soll es sich um die Professoren Orlando, de Viti de Marco, de Santis, Levi, Bonaiuti und Volterra handeln. Außerhalb Roms kommen noch eine Reihe anderer Professoren in Frage. Es ist damit zu rechnen, daß in nächster Zeit eine amtliche Mitteilung über diese Angelegenheit veröffentlicht werden wird.

In Deutschland hätte es Mussolini bequemer gehabt. Da hätten die Herren Hochschullehrer, bis auf wenige Ausnahmen, mit Begünstigung dieses Dokument unterzeichnet. Die Erziehung im faschistischen Geist haben sie ja auch ohne Zwang übernommen. In Italien gibt's anscheinend doch noch mehr rückgratfeste Gelehrte; denn die Weigerung ist dem Mussolinischen Regiment so unangenehm (sie wirkt ja ungünstig nach außen), daß der italienische Unterrichtsminister die halstarrigen Wissenschaftler beschworen hatte, doch den Eid zu schwören... er verpflichtete sie zu nichts! Die Hochschullehrer haben nach diesem neuesten Dokument, auch diesen erbärmlichen Antrag abgelehnt und so ist die faschistische Regierung gezwungen, zu ihrem letzten Mittel, dem Zwang, zu greifen, und sich so dem Ausland gegenüber selbst zu enttöhlen.

Portugal will „abhängen“

Paris, 1. Dezember.

Nach einer Blättermeldung hat die Handelskammer von Lissabon einstimmig eine Entschliekung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, das Pfund Sterling als Grundlage der portugiesischen Eskudowährung aufzugeben und so bald wie möglich deren Stabilisierung vorzunehmen.

Die deutsche Novemberrevolution

16. Fortsetzung

Von Georg Ledebour

17. Ein Schlußwort

Mit der Niederwerfung des Widerstandes der revolutionären Arbeiterschaft Berlins gegen die Vergewaltigungspolitik der reaktionären Regierung, mit der Einkerkung und Ermordung der revolutionären Führer war die sozialistische November-Revolution abgewürgt. Denn was nachher an verfassungsrechtlichen Neuerungen von der Nationalversammlung in Weimar zurechtgeleitet wurde, kam nur hinaus auf eine Auffrischung der kapitalistischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Doch die sozialistische Revolution ist deshalb nicht tot, sie wird, um Freiligraths Wort zu gebrauchen, sicher „reisig wiederkehren“.

Notwendig war es, die Erinnerung an jene Vorgänge aufzufrischen, weil seit Jahren sie von zwei entgegengesetzten Seiten aus im Partei-Interesse umgefälscht worden sind: von Seiten der Sozialdemokratischen wie von Seiten der Kommunistischen Partei. Diese Fälschungsbemühungen flackerten plötzlich wieder einmal hell auf, als die ins Leben tretende Sozialistische Arbeiterpartei den Bestand der sozialdemokratischen wie der beiden kommunistischen Parteien bedrohte. Die Wortführer der SPD suchten zu beweisen, daß die SAP unnötig sei, weil ja die SPD von jeher, auch in der Revolutionszeit, für die Verwirklichung des Sozialismus alles Menschenmögliche getan habe. Die KPD wie die KPD-O behaupteten, die SAP sei nur eine schwächliche Nachgeburt der USP der Kriegs- und Revolutionszeit, die als zentristische Sumpfpartei damals den einzig wahrhaft revolutionären Spartakusbund an der Durchführung der sozialistischen Revolution in Deutschland gehindert habe. Diesen Irrführungen im Interesse der aufblühenden SAP sofort entgegenzutreten, war ein notwendiger Akt der Selbstverteidigung.

Ich brauche hier nur noch über das Verhältnis der USP zum Spartakusbund einige aufklärende Worte hinzuzufügen. Bei Kriegsausbruch 1914 hatte ich sofort die Initiative zur Kriegsbekämpfung ergriffen. Auf meinen einstimmig vom Partei- und Fraktionsvorstand der SPD angenommenen Antrag hin erfolgte die Entsendung Hermann Müllers nach Paris, um den Versuch zu machen, eine im Wortlaut gemeinsame Begründung der Ablehnung der Kriegskredite durch die französische und die deutsche Parlamentsfraktion herbeizuführen. Er scheiterte am Widerspruch der Franzosen. Mittlerweile war aber auch in Deutschland die Mehrheit der Partei zur Kreditbewilligung verleitet worden.

In einer Vorbesprechung des radikalen Flügels der SPD-Fraktion am 2. August hatte ich eine Resolution für Ablehnung der Kredite durchgesetzt. Sie erhielt in der Fraktions-sitzung am folgenden Tage von den 110 Fraktionsmitgliedern 14 Stimmen. Ein Abwesender hat später noch seiner Zustimmung Ausdruck gegeben. Ich besprach dann mit dem Genossen Hugo Haase, der als Partei- und Fraktionsvorsitzender nicht an der radikalen Sonderbesprechung teilgenommen, aber in der Fraktion für meinen Antrag gestimmt hatte, ob wir nunmehr entgegen dem Fraktionsbeschuß im Reichstag gegen die Kredite stimmen sollten. Haase riet ab. Wir müßten uns dem Fraktionsbeschuß fügen, um die Partei in dieser Situation nicht zu spalten. Wir haben dann alle am 4. August im Reichstag für die Kredite gestimmt. Haase ließ sich sogar überreden, die Fraktionserklärung für die Kreditbewilligung von der Tribüne des Reichstags zu verlesen.

Meiner jetzigen Ueberzeugung nach war es ein schwerer politischer Fehler, daß ich mich durch den Gedanken „die Einheit der Partei über alles“ habe bewegen lassen, damals für die Kredite zu stimmen. Hätte ich, jedenfalls auch noch mit einigen anderen Genossen zusammen, gegen die Kredite gestimmt, so hätte die Gegenbewegung gegen den Krieg in Deutschland jedenfalls einen günstigeren Verlauf genommen.

Es ist das unzweifelhafte Verdienst des Genossen Karl Liebknecht, daß er sich zuerst, und zwar auf das Zureden der Genossen Rosa Luxemburg hin, von dem Aberglauben an die unbedingte Notwendigkeit, die Partei-Einheit aufrechtzuerhalten, freigemacht und schon im Frühjahr 1915 gegen die Kredite gestimmt hat. Wir anderen Kriegsgegner haben dann erst 1916 gegen die Kredite gestimmt, was die Spaltung der SPD und die Gründung der USP zur Folge hatte. Das Vorgehen Liebknechts hatte einen kleinen Kreis von Genossen veranlaßt, sich mit ihm zu einer Organisation zusammenzuschließen, die sich später den Namen Spartakus-Bund beilegte. Zwischen uns und dem SB bestanden aber keine grundsätzlichen, sondern nur faktische Meinungsverschiedenheiten. Wir

waren auch von Anfang an untereinander in Verbindung. Allwöchentlich hielten wir in kleinem Kreise eine vertrauliche Besprechung ab, zu der auch Karl Liebknecht und einige andere Spartakisten zugezogen wurden.

Der Spartakus-Bund gab fortlaufend die notgedrungen illegal erscheinenden Spartakus-Briefe heraus, wie auch wir illegale Flugblätter verbreiteten. Die Hauptkraft des Spartakus-Bundes in dieser illegalen Tätigkeit war der Genosse Leo Jogisches. Er hatte in Warschau Rosa Luxemburg in den marxistischen Sozialismus eingeführt und war ihr später nach Deutschland gefolgt. Von allen, die ihn kennen gelernt haben, wird er als ein Mann von großem Wissen und unbezwingbarer Tatkraft gepriesen. Durch seine Schulung in der unvermeidlich unterirdischen Tätigkeit unter der völlig rechtlosen und von den Zaren-scheren bis aufs Blut gepeinigten Arbeiterschaft Russisch-Polens war er geradezu trainiert für die auch in Deutschland in der Kriegszeit sich entwickelnde revolutionäre Geheimbewegung. Er war die Seele der Spartakus-Briefe.

Gerade seine ausschließliche Einstellung

auf unterirdische Arbeit hat aber auch schwere Nachteile für die sich allmählich in Deutschland entwickelnde revolutionär-sozialistische Arbeiterbewegung zur Folge gehabt. Jogisches hat es nie begriffen, daß die Umwandlung unserer seit Jahrzehnten nur auf öffentliches Wirken eingestellten sozialistischen Bewegung in eine zum revolutionären Kampf entschlossene Organisation ein langsamer Prozeß sein mußte. Er selbst, aber auch die übrigen Spartakisten behandelten uns in ihren Geheim-schriften meist als Gegner, nicht als Bundesgenossen. Manche von diesen heimlichen Angriffen persönlicher Natur habe ich oft erst nach Jahren, manche vielleicht heute noch nicht zu Gesicht bekommen. Nichts ist charakteristischer für Jogisches, der schon vor dem Krieg bei uns war, als daß er niemals mich selbst, den er doch aus meiner öffentlichen Tätigkeit als Kriegsgegner und revolutionären Sozialisten kennen mußte, persönlich aufgesucht oder sich sonst mit mir in Verbindung gesetzt hat. Dieses sonderbare Verhalten stieß auch Haase ab, von dem ich übrigens nicht weiß, ob er selbst Jogisches je zu Gesicht bekommen hat.

Diese Fernhaltung des geistigen Hauptes des Spartakus-Bundes von uns führte nun schließlich aber auch zu seiner Entfremdung von dem lebendigen Fluß der Arbeiterbewegung. Er verkörperte in der von ihm aus seiner Heimat nach Deutschland importierten Vorstellung, daß eine Revolution nur durch fortwährend sich steigende Demonstrationen und daraus sich ergebende, gleichfalls fortwährend sich steigende blutige Opfer gefördert werden könne. Daher kam es wahrscheinlich, daß alle Spartakisten, auch Karl Liebknecht, als er aus dem Zuchthaus im Oktober 1918 wieder in Freiheit kam, ständig auf dem abgetriebenen Demonstrationsschimmel einhertrabten. Darüber war aber die unter unserer Leitung stehende revolutionäre Arbeiterbewegung in Berlin im Laufe des Jahres 1918 hinausgewachsen. Deshalb blieb schließlich der Spartakus-Bund hinter uns zurück und hat zu der entscheidenden Zeit oft hemmend gewirkt.

Schluß folgt.

Es kracht auch in Chemnitz

Genosse Möckel, Bürgermeister von Gelenau, tritt zur SAP über

Der Genosse Möckel, wohlbekannt im ganzen Bezirk Chemnitz-Erzgebirge der SPD, Bürgermeister von Gelenau, ein marxistisch geschulter Kommunalpolitiker, übermitteln uns die folgende Erklärung zum Abdruck:

Ich habe meinen Austritt aus der SPD, in der ich mehr als zwölf Jahre gewirkt, in engster Verbundenheit mit der Arbeiterschaft für die sozialistische Bewegung gekämpft, erklärt und habe meinen

Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vollzogen.

Meinen Weg zur SAP brauche ich meinen politischen Freunden kaum mit einer Erklärung zu begründen, da meine politische Haltung in all den Jahren stets eindeutig gegen die reformistischen Tendenzen in der SPD war. Die Annahme, daß in absehbarer Zeit, wie es die Lage der Arbeiterklasse in der Krise des Kapitalismus erfordert, die SPD ihre den Interessen der Arbeiterschaft nicht gerecht werdende Haltung aufgeben würde, läßt sich nicht mehr aufrechterhalten. Die Ereignisse der letzten Monate, das Stillhalten der SPD gegen den verschärften Ausbeutungskurs, sind schlüssiger Beweis hierfür. Versuche der Opposition, den Kurs der Partei zu ändern, werden, wenn sie ernstlich und im Reichsmaßstab unternommen werden, in derselben Weise von dem allmächtig gewordenen Parteiapparat niedergeworfen werden, wie es im September d. J. geschehen ist. Der Gedanke, zugleich Hoffnungsanker so vieler sozialdemokratischer Arbeiter, daß der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge, getreu seiner oppositionellen Haltung früherer Zeit, sein Gewicht in eine ernsthafte Opposition gegen die Reichspartei wirft, muß fallen gelassen werden. Seine Dispositionen im Organisationsleben und die Haltung seiner Presse beweisen dies.

Ich habe in der Zeit der Maßregelung der Opposition im Reiche den Schluß gezogen — immer eine andere Haltung des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge voraussetzend —, daß der Raum zwischen SPD und KPD für ein politisches Wirken zu begrenzt sei. Dies ist zum Trugschluß geworden durch

die Entwicklung der politischen Haltung des Bezirks.

Der Bezirksvorsitzende Böchel hat mir, wie es die Parteileitung bei den meisten als Referenten tätigen Funktionären tut, die auch aus der Angelegenheit des Genossen Weckerle bekannte Erklärung abgefordert. Ich habe mich geweigert, eine Erklärung abzugeben, in der nicht zum Ausdruck kommt, daß der Parteivorstand der SPD durch sein Vorgehen, den Ausschluß der Führer der Opposition, die Spaltung einleitete und die Schuld trägt. Die Parteileitung des Bezirks Chemnitz-Erzgebirge antwortet nach den Erklärungen ihrer Sekretäre in den Vorstandsbesprechungen damit, daß

Genossen, die eine historische Wahrheit nicht verletzen, als Referenten ausscheiden;

der Bezirksvorstand erklärt es selbst für untragbar, daß sie ihre Funktionen in kommunalpolitischen Instanzen weiter ausüben. Der Bezirk Chemnitz-Erzgebirge wird somit die Voraussetzungen schaffen, seine Agitation und praktische Arbeit mehr und mehr in die rechte Linie zu bringen und die Einschwenkung auf die Parteivorstandshaltung vollenden.

Mit meinem Uebertritt zur Sozialistischen Arbeiterpartei werde ich meine Funktionen als

Abgeordneter des Bezirksausschusses und des Bezirkstags, als auch das von der Landtagsfraktion der SPD übertragene Mandat als

Beisitz der Gemeindekammer

weiter ausüben. Die Arbeiterschaft, die ich als meinen Mandatgeber betrachte, und die in weiten Schichten ideologisch mit der Sozialdemokratie bereits gebrochen hat, die organisatorischen Konsequenzen, soweit nicht schon geschehen, durch

Uebertritt zur SAP

noch ziehen wird, würde es nicht verstehen, wenn ich von dem Kampf um die Interessen der Arbeiterklasse in diesen kommunalen Positionen zurücktreten würde.

Die große Zahl der kommunalpolitischen Funktionäre der Sozialistischen Arbeiterpartei im Gebiet Zwickau-Plauen

und die folgenden aus Chemnitz-Erzgebirge erwarten, daß ich ihre Vertretung in der sächs. Gemeindekammer fortführe.

In Gelenau selbst, dem historischen Boden der modernen Arbeiterbewegung im oberen Erzgebirge, wird das Aufrollen des roten Banners durch die Sozialistische Arbeiterpartei der sozialistischen Bewegung neuen Antriebs unter dem Leitgedanken „Einigung der gesamten Arbeiterklasse“ geben.

Die Genossen, mit denen ich seit Jahren Schulter an Schulter, insbesondere in den Kommunen des Erzgebirgs gearbeitet habe, werden meinen politischen Schritt verstehen und auf den Weg zur Sozialistischen Arbeiterpartei folgen.

Im Voraus ein „Freundschaft“ für die neue Kampfgenossenschaft!

R. Möckel-Gelenau i. Erzg.

Pressekommissionsmitglied der Chemnitzer „Volksstimme“ tritt zur SAP über

In einem Artikel der „Marx-Tribüne“ behauptet Karl Böchel, um die Festigkeit der SPD im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge zu beweisen, daß bisher nur ganze 300 Mitglieder die SPD verlassen hätten. Damit korrigiert Böchel immerhin eine kurz zuvor von ihm lancierte Ente, wonach die Verlustliste der SPD nur ganze drei Dutzend Mitglieder umfaßt. Geht Böchel auf diesem Wege fort, dann wird er eines Tages wohl bei der richtigen Ziffer anlangen.

Daß die SPD sich im Chemnitzer Bezirk jedenfalls gar nicht so wohl fühlt, wie Böchel anderen einreden will, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die „Volksstimme“ bisher den Uebertritt von Genossen, die sich, wie beispielsweise Anna Siemsen, hier eines großen Ansehens erfreuen, vollkommen verschweigen.

Aber auch nicht einmal über den Uebertritt von Funktionären im eigenen Bezirk wird die Mitgliedschaft unterrichtet. So ist es für die meisten Leser der „Volksstimme“ noch ein Geheimnis, daß auch das Pressekommissionsmitglied Baldauf, der den Unterbezirk Burgstädt-Rochlitz vertrat, der SPD den Rücken gekehrt hat und zur SAP gestoßen ist.

Diese Tatsache ist für die Chemnitzer „Volksstimme“ neuerdings auch besonders peinlich. Sie hatte nach dem Austritt des Gen. Weckerle aus der Redaktion den Lesern erzählt, daß der betr. Beschluß gegen

Weckerle einstimmig gefaßt worden war. Die Mitglieder hätten darum den Austritt Baldaufs nicht recht verstehen können. Die „Volksstimme“ hatte eben auch in diesem Falle die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Tatsache ist, daß der Gen. Baldauf schon in der betreffenden Kommissionssitzung seiner Empörung über das unter der Führung Böchels gegen Weckerle inszenierte Kesseltreiben Ausdruck gegeben und gegen die Resolution gestimmt hatte und zwar auch

nicht einmal als einziger.

An der Einstellung Böchels ist nur soviel richtig, daß der RiB in der SPD im Bezirk Chemnitz-Erzgebirge nicht in dem Tempo offenkundig geworden ist, wie anderswo. Er besteht aber und seine Wirkungen werden sich um so weniger aufhalten lassen, desto schwieriger es Böchel wird, die Mitglieder über die vollzogene Schwankung auf die Linie des Parteivorstandes

hinwegzutäuschen. Schon heute vermag Böchel sich nur noch dadurch zu behaupten, daß er sich auf den rechten Flügel der Partei stützt und sich bei dem Reichsbanner und der Gewerkschaftsbürokratie anbiedert, die allerdings über die ihnen von Böchel plötzlich angebotene Freundschaft ihre eigenen Gedanken haben dürften.

Verbrecher und Abenteurer

Die Putschpläne in Ungarn.

Die Putschpläne in Ungarn, über die wir am Sonntag kurz berichtet, werden, wie das im Land der „Bademeister“ verständlich ist, mit dem Mantel christlicher Liebe und einem offiziellen Schleier bedeckt. Die Behörden lassen verlauten, daß die Verhafteten ohne Ausnahme ganz einflußlose Leute sind. Selbstverständlich bestand keinerlei politische Absicht, das ganze wäre ein reiner Plünderungsplan gewesen. Nun ist es richtig, daß es den Weißterroristen nicht mehr so glänzend geht wie einst unter Hejas, aber ihre ganze politische Tätigkeit war nie etwas anderes, genau so wie bei unsern Weißgardisten und Hakenkreuzern, als sich durch den Besitz der Macht in den Besitz von Reichtümern zu setzen. Wie weit die Königsmacher diesmal beteiligt sind, läßt sich von hier aus natürlich nicht beurteilen. Es ist jedenfalls ein großer Dreckhaufen, wo sich anscheinend politische Abenteurer mit Nur-Verbrechern zusammengefunden haben. Aber das ist von je ein untrennbarer Komplex bei den Weißgardisten gewesen.

Unter den Verhafteten befinden sich, wie die Wiener „Neue Freie Presse“ mitteilt, der Führer der Partei der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten Naty, weiter die Mitglieder der sogenannten Szolnoker Gruppe der Turaner Jäger und ein Offizier der hauptstädtischen Gefällwache namens Bartha. Die Putschisten hatten Verbindung mit der Organisation der „ungarischen Sensenmänner“, die vor zehn Jahren unter dem Namen Alfvéd-Brigade traurige Berühmtheit erlangt hatte.

135 000 Mark unterschlagen?

CNB. Köln, 30. November.

Hier wird ein 30jähriger Geschäftsführer der „Allgemeinen Bausparkassen-Eigenheim-Wirtschaftsgenossenschaft“ in der Norberstraße unter dem Verdacht der Unterschlagung von Spargenossenschaftsgeldern in Höhe von 135 000 Mark verhaftet. Es schweben noch weitere Ermittlungen über die Schuldfrage.

Zur Verschuldung der Landwirtschaft

„Wie das „Berliner Tageblatt“ vor einigen Tagen mitteilte, beträgt die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft zur Zeit 12 Milliarden Mark. Vor dem Kriege war die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft sogar beträchtlich höher, denn sie belief sich nach dem „Berliner Tageblatt“ sogar auf 17—18 Milliarden Mark. Nur die Verzinsung der landwirtschaftlichen Schulden mit etwa 900 Millionen Mark ist heute höher als vor dem Kriege, wo sie 700—750 Millionen Mark betrug.

Die Verschuldung der Landwirtschaft trifft man aber die verschiedenen Größenklassen der Landwirtschaft keineswegs im gleichen Grade. Am meisten ist der Großgrundbesitz verschuldet. Er war das erstaunlicherweise schon kurz nach Beendigung der Inflation, obwohl doch die deutsche Landwirtschaft nicht nur während des Krieges, sondern erst recht während der Inflation sehr gut verdient hatte. Man erinnert sich ja noch gut genug daran, wie der deutsche Landwirt gerade in den Jahren, wo es der Stadtbevölkerung, namentlich der Arbeiterklasse, den Angestellten und Beamten so jämmerlich erging, nicht nur seine Betriebe völlig neu ausrüsten konnte, sondern auch Mobilien und Ausstattungen für Kind und Knebeskind zusammenkaufte, um das für die Erzeugnisse erhaltene, sich rasch entwertende Geld so vorteilhaft wie möglich in Sachwerten anzulegen.

Mit der Stabilisierung der Währung freilich geriet die Landwirtschaft in eine schwierigere Lage, da die abnormen Gewinne der Inflationsjahre aufhörten und es an Betriebskapital zu mangeln begann. Aber daß große Teile des Großgrundbesitzes bereits 1925 über unerträgliche Verschuldung zu stöhnen begannen, ist nur dann erklärlich, wenn diese Kreise der Landwirtschaft nach der Stabilisierung sofort das Schuldenmachen leichtfertig im Großen betrieben, in der Hoffnung, daß eine neue Inflation sie ebenso bequem von den neuen Schulden befreien werde wie die durch die Stabilisierung der Mark beendete Inflation von den alten Schulden.

Aber nicht nur nach den Größenklassen variiert die Verschuldung der Landwirtschaft ganz bedeutend, sondern auch nach den Landesteilen. Der Westen und Süden Deutschlands weist eine wesentlich geringere Verschuldung auf, als der Norden und namentlich der Osten. Hinzukommt, daß ausreichendes und verlässliches statistisches Material über die Verschuldung der Landwirtschaft dem Reichstag niemals vorgelegt worden ist. Es handelt sich bei den Denkschriften der landwirtschaftlichen Interessensverbände und sonstigen Erhebungen entweder um ein sehr anfechtbares oder ein sehr lückenhaftes Beweismaterial, das auf dürftigen Stichproben beruht. Und es war eine der zahlreichen unverzeihlichen Unterlassungssünden der deutschen Demokratie und der deutschen sozialistischen Parteien, daß sie das dargebotene Material nicht einer gründlichen Nachprüfung durch sachkundige Bearbeiter unterwarfen und auch hier den der Wahrheit keineswegs entsprechenden Behauptungen deutscher Wirtschaftsprüfungsgremien die wirklichen Tatsachen gegenüberstellten. Was nützen Demokratie und Parlamentarismus, wenn die demokratischen Parteien immer wieder ihre Unfähigkeit beweisen, die Möglichkeiten des demokratisch-parlamentarischen Systems auszunutzen!

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen eine oberflächliche Kritik des Zollwuchers, der Osthilfe, der Steuerbefreiungen usw. keinerlei praktische Wirkung hat. Wenn man nicht der Öffentlichkeit den Unfug und die Sinnlosigkeit einer solchen agrarischen Liebesgaben- und Geschenkpolitik an die Hand beweiskräftiger Einzeltatsachen zu beweisen vermag, nützt aller Protest nichts. Wirtschaftliches Unrecht ist nur dann abzustellen, wenn man den Volks- und Wählermassen begrifflich zu machen versteht, daß es sich um tatsächliches Unrecht handelt. Wenn man aber dazu unfähig ist, so liegt das nicht an der Demokratie, sondern an der Unzulänglichkeit der oppositionellen Parteien, einschließlich der Sozialisten.

Daß Material in Hülle und Fülle zu beschaffen wäre, wenn man sich nur auf die Hörsen setzte und in großem Stille Arbeitsausschüsse schaffen würde, möchten wir heute an einigen Beispielen beweisen. Indem wir zeigen, daß der Verschuldung der deutschen Landwirtschaft doch auch ein gewaltiger Vermögenszuwachs der Landwirtschaft gegenübersteht.

Wenn man die amtlichen Ziffern über die deutsche Bautätigkeit durchsieht, fällt es auf, wie unverhältnismäßig stark gerade die ländlichen Gemeinden, d. h. die Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern, an dieser Bautätigkeit beteiligt waren. Ueberhaupt, welchem denkenden Beobachter wäre es nicht schon bei seinen Reisen durch Deutschland vom Eisenbahn- oder Autobus-Fenster aus aufgefallen, wie schmuck sich bald nach Kriegsende wieder die deutschen Dörfer und Flecken ausnahmen, welche Ausbesserungsarbeiten und Umbauten da überall vorgenommen wurden, und wie zahlreiche Neubauten da überall durch ihr blitzblankes Fachwerk, ihren frischen Bewurf und ihre frischroten Ziegeldächer hervortraten. Und man konnte gelegentlich hören, wie Ausländer sich nicht nur über die Verschönerung der deutschen Großstädte, über die Villenvororte, die neuen Wohnviertel, die Stra-

ßenanlagen, öffentlichen Prachtbauten aller Art wunderten, sondern auch über die massenhaften Anzeichen anscheinender Prosperität auf dem platten Lande.

Daß dies Aussehen des platten Landes kein Schein war, beweist die amtliche Statistik der deutschen Bautätigkeit. So lückenhaft auch sie ist, namentlich über die nicht Wohnungszwecken dienende Bautätigkeit, so beredt ist sie dennoch, wenn man sie etwas gründlicher durchstudiert.

Der Wert der baugewerklichen Produktion hat nach dem Institut für Konjunkturforschung allein in den sechs Jahren 1924—1929 insgesamt 40,67 Milliarden Mark betragen. Davon entfielen auf den Wohnungsbau 14,65 Milliarden, auf den Bau zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Zwecken 13,45 Milliarden Mark, auf den öffentlichen Bau 12,57 Milliarden Mark. Diese Werte umfassen aber bei weitem nicht die ganze baugewerbliche Produktion von 1919—1930. Von den insgesamt 2 277 252 Wohnungen beispielsweise, die in diesem gesamten Zeitraum hergestellt wurden, entfielen nämlich 570 000 auf die Jahre 1919 bis 1923 und 1930. Auch ihr Wert geht hoch in die Milliarden, so daß man den Produktionswert des gesamten Wohnungsbaus seit 1919 allein auf mindestens 20 Milliarden veranschlagen kann.

Von diesen 2 277 252 Wohnungen entfielen aber 575 000 oder 25 Prozent der Gesamtheit auf die Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern, also der ländlichen Gemeinden. Und das, obwohl sich die Bevölkerungszahl dieser Gemeinden seit 1919 nicht vermehrt hatte, während die deutsche Gesamtbevölkerung seitdem um 5 1/2 Millionen gewachsen ist. Und da die 575 000 Neuwohnungen der ländlichen Gemeinden in der Hauptsache schwerlich dazu gedient haben, neue Landarbeiterwohnungen zu bauen, sondern zur Behausung der selbständigen Landwirte, so ergibt sich schon hieraus ein sehr beträchtlicher Vermögenszuwachs der Landwirtschaft. Denn wenn wir von dem Produktionswert des Gesamtwohnungsbaus in Höhe von 20 Milliarden 25 Prozent nähmen, kämen wir auf einen Wert der Neuwohnungen der Landgemeinden von 5 Milliarden Mark. Aber selbst wenn wir statt dessen nur 3—4 Milliar-

den ansetzen, so läge hier ein Vermögenszuwachs der Landwirtschaft um einen gewaltigen Betrag vor.

Aber neben den Wohnungsbauten wurden in allen Jahren seit 1919 auch Bauten zu gewerblichen und landwirtschaftlichen Zwecken aufgeführt, deren Wert das offizielle Institut für Konjunkturforschung allein für die sechs Jahre 1924—1929 auf 13,45 Milliarden bezifferte. Im Jahre 1930 betrug die Zahl dieser neugebauten Gebäude 83 836 mit 57 537 000 cbm umbautem Raum. Davon aber entfielen 59 356 mit 31 828 000 cbm umbautem Raum auf die Landgemeinden mit bis zu 2000 Einwohnern. Im Jahre 1929 waren es insgesamt 68 649 Gebäude mit 50 608 000 cbm umbautem Raum, von denen ein ähnlicher Prozentsatz auf die gewerblichen und landwirtschaftlichen Bauten der ländlichen Gemeinden entfiel. Und ebenso war es in all den früheren Jahren.

Wenn aber mehr als die Hälfte des umbauten Kubikraumes aller gewerblichen Bauten auf die ländlichen Gemeinden entfiel, so müßten wir von den 13,45 Milliarden Bauwert allein der sechs Jahre 1924 bis 1929 auch rund 7 Milliarden Vermögenszuwachs auf die Landwirtschaft berechnen. Stellen wir auch hier statt dessen nur ein Minimum von 5 Milliarden ein, so ergäbe das mit dem obigen Vermögenszuwachs aus den Neuwohnungen in Höhe von weiteren 3—4 Milliarden einen Vermögenszuwachs der Landwirtschaft um 8—9 Milliarden Mark. Den 12 Milliarden Mark landwirtschaftlicher Schulden von heute (statt 17—18 Milliarden landwirtschaftlicher Schulden der Vorkriegszeit) stehen also auch 8—9 Milliarden Mark Vermögenszuwachs seit 1919 gegenüber.

So steht es in Wahrheit um diejenigen, die am lautesten schreien und die ungeheuerlichsten direkten und indirekten Staatssubventionen und Liebesgaben fordern! Und wenn sich nur einmal 100 Menschen in planmäßiger Arbeitsverteilung ernstlich an die Durcharbeitung unserer Einkommens-, Vermögens-, Steuerstatistik usw. setzen wollten, so würden sie Berge von aufklärendem und aufpeitschendem Tatsachenmaterial aufhäufen.

Starker Rückgang der Heiraten und Geburten in den preußischen Großstädten

Eine Krisenfolge

Berlin, 30. November.

Im dritten Viertel des Jahres 1931 hat sich gegenüber dem gleichen Zeitraum 1930 in den preußischen Großstädten, mit Ausnahme von Breslau, Königsberg, Gladbach-Rheydt, Kassel, Wiesbaden, Solingen und Münster, die Zahl der Eheschließungen verringert. In Berlin ist diese Zahl sogar um 16 Prozent gesunken; es wurden hier rund 1900 Ehen weniger geschlossen als im gleichen Vierteljahr 1930 und 2900 Ehen weniger als 1929.

Die Verschlechterung der Wirtschaftslage macht sich auch schon in den Geburtenzahlen bemerkbar. Alle Großstädte, mit Ausnahme von Stettin, Bielefeld und Harburg-Wilhelmsburg, hatten im Berichtsvierteljahr einen Rückgang der Geburtenzahl. In einigen von ihnen war der Rückgang außerordentlich hoch, wie z. B. in den Industriestädten Hindenburg O/S., Hagen (Westf.) und Mülheim (Ruhr).

Die Sterblichkeit, die bereits im vorhergehenden Vierteljahr günstig war, hat sich auch im Berichtsvierteljahr niedrig gehalten; nur Gladbach-Rheydt, Krefeld-Uerdingen a. Rh., Aachen, Mülheim (Ruhr) und Saarbrücken hatten eine (übrigens nur um ein Geringes) höhere Sterbeziffer als im Vergleichsvierteljahr. Diese günstige Gestaltung der allgemeinen Sterblichkeit war zum Teil in der Verringerung der Säuglingssterblichkeit begründet.

Der Geburtenüberschuß war aber infolge des starken Geburtenrückgangs doch beträchtlich geringer als im vorigen Jahre. Am höchsten war der Geburtenüberschuß in Oberhausen, Duisburg-Hamborn, Gleiwitz, Gelsenkirchen und Hindenburg O/S., d. h. in den Großstädten, die auch die höchsten Geburtenziffern hatten. Die niedrigsten Geburtenüberschußziffern hatten Altona und Frankfurt a. M., während Berlin, die Großstadt mit der niedrigsten Geburtenziffer, bereits einen Sterbeüberschuß aufzuweisen hatte.

Leben wird billiger?

Die Reichsziffer für die Lebenshaltungskosten im November 1931.

Berlin, 30. November.

Die Reichsziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 131,9 gegenüber 133,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,9 v. H. An dem Rückgang sind hauptsächlich die Bedarfsgruppen Ernährung und Bekleidung beteiligt.

Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 1,3 v. H. auf 121,8

„Bekleidung“ „1,7 v. H.“ 131,9
„Sonstiger Bedarf“ „0,5 v. H.“ 131,5
Die Indexziffer für Wohnung hat sich nicht geändert; die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung ist mit 149,0 nahezu unverändert geblieben.

In der Gruppe Ernährung sind hauptsächlich die Ausgaben für Fleisch und Fleischwaren sowie für Milch und Milcherzeugnisse zurückgegangen. Die Preise für Eier, Kartoffeln und Brot haben im Reichsdurchschnitt angezogen.

Zurückgegangen sind im Preise also solche Waren, die im Arbeiterhaushalt eine geringe Rolle spielen, angezogen haben diejenigen, die am stärksten im Arbeiterhaushalt ins Gewicht fallen. Da die Berechnungsgrundlage des Teuerungsindex diesem Tatbestand nicht entspricht, kommt der Index zur Feststellung, daß die Lebenshaltungskosten gesunken sind, ohne daß der Arbeiterhaushalt es verspürt.

Aus der Bourgeois - Republik

Rechtskräftig verboten

Wie es mit den „demokratischen Freiheiten“ in unserer kapitalistischen Republik aussieht (jenen Freiheiten, welche uns durch die giorreiche Tolerierungsepoche erhalten werden sollten), ergibt sich aus einem Vorfall, der uns aus Saalfeld (Saale) berichtet wird. Dort hatte der Volkschor die Warschawjanka auf das Programm eines proletarischen Liederabends gesetzt. Der Saalfelder Stadtvorstand verbot den revolutionären Gesang. Eine Beschwerde beim Innenministerium in Weimar brachte folgende Antwort:

„Die Beanstandung des Teiles des Liedes „Warschawjanka“ durch den Stadtvorstand in Saalfeld (Saale) ist zu Recht erfolgt. Wir weisen darauf hin, daß dieses Lied durch das Urteil des 4. Strafsenats des Reichsgerichts vom 21./25. November 1927 in der Strafsache gegen den Buchhändler Paul Zobel aus Berlin rechtskräftig verboten worden und angeordnet worden ist, daß die zur Herstellung dieses Liedes bestimmten Schriften und Schriftteile, sowie die Platten und Formen unbrauchbar zu machen sind. Wir weisen auch darauf hin, daß jede Weiterverbreitung eines verbotenen Druckerzeugnisses strafbar ist.

Bei dieser Sachlage erübrigt es sich, dazu Stellung zu nehmen, ob auf Grund der bestehenden Notverordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen eine weitere Maßnahme erforderlich ist.“ Das ist die verfassungsmäßig verbriebe „freie Meinungsäußerung!“ Freiheit für die Ausbeuter des Volkes — Maulkorb für das revolutionäre Proletariat!

„Das deutsche Lichtbild“

Es gibt ein wunderschönes Buch, voll von ausgezeichneten Photographien: „Das deutsche Lichtbild“. Herausgeber ist der

„Verlag“ Bruno und Robert Schultz in Berlin, der weiter nichts herausgibt, aber dennoch sicher seine 20 000 RM Jahr für Jahr am einen Buch verdient. Der Ruhm läßt Herrn Bruno Schultz nicht ruhen, und so hat er sich über dem Großen Wasser in Chicago einen Ehrendoktor besorgt. Er zeichnet seine Post: Dr. phil. h. c. Bruno Schultz. Es wird wohl jetzt durch Cook ein Klub von „Doktor“-Aspiranten gegründet werden, der nebenbei gelegentlich einer kleinen Amerikareise nicht nur den Doktor, sondern gleich den Ehrendoktor... kauft. Ein Lichtbild für die Bourgeoisie!!

Dürfen Vorstrafen bekanntgegeben werden?

Berlin, 30. November.

In Zusammenhang mit den Presseerörterungen über die Veröffentlichung der Pläne der hessischen Nationalsozialisten durch den früheren Nationalsozialisten Dr. Schäfer, dem vorgeworfen wird, er sei im Frühjahr dieses Jahres wegen Wechselfälschungen verurteilt, ist diese Frage aufgetaucht, inwieweit die Wiedergabe von Vorstrafen durch die Presse zulässig ist bzw. ob diese Wiedergabe strafbar ist. Von seiten des preussischen Justizministeriums erfahren wir zu dieser Frage, daß aus dem amtlichen Strafregister auf Grund von Bestimmungen des Reichsjustizministeriums grundsätzlich Auskunft nur an ganz bestimmte Justizbehörden erteilt wird, die in der fraglichen Bestimmung im einzelnen genau genannt sind. Es handelt sich dabei lediglich um Gerichtsbehörden, Strafverfolgungs- und Strafvollzugsbehörden. Irgendwelche Pressestellen, auch Justizpressestellen, erhalten keinerlei Auskünfte über Vorstrafen. Bezüglich der Wiedergabe von Vorstrafen auf Grund privater Feststellungen ist man im preussischen Justizministerium der Auffassung, daß es Sache der Gerichte ist, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob solche Wiedergabe gegen die einschlägigen Beleidigungsparagraphen verstößt oder zivilrechtlich unter die Bestimmungen des Schadenersatzes fällt. In einem bestimmten Falle hat das Reichsgericht in einem Zivilprozeß jemand für schadenersatzpflichtig erklärt, weil er die Vorstrafen seines Prozeßgegners bekanntgegeben hatte.

„Pensionskürzung?“ Drumherumreden im Haushaltsausschuß

Berlin, 1. Dezember.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte am Dienstag die Beratung des Regierungsentwurfs über das Pensionskürzungsgesetz fort. Angenommen wurde die Bestimmung des Entwurfs, nach der ein Ruhegeldempfänger, der im öffentlichen Dienst wieder verwendet wird, sein Ruhegeld nur insoweit erhält, als das neue Einkommen hinter dem Dienstverdienst zurückbleibt, aus dem sein Ruhegeld berechnet ist; es sind jedoch örtlich abgestufte Einkommensteile mit den für die Art der Verwendung maßgebenden Sätzen zu berücksichtigen. Das Ruhegeld wird um die Hälfte des Betrages gekürzt, um den das Anrechnungseinkommen das künftige Einkommen übersteigt. Eine Kürzung tritt aber nur insoweit ein, als Ruhegeld und Anrechnungseinkommen 7000 Mark im Jahre übersteigen. Die künftigen Beträge erhöhen sich für jedes Kind noch um weitere 600 Mark.

Diese „Pensionskürzung“ ist keine Pensionskürzung. Die Kakelei des Haushaltsausschusses darf keinen nachdenklichen Arbeiter irreführen. Der feste Wille der Reichsregierung geht dahin, an den hohen Pensionen bestenfalls Pfennigbeträge zu kürzen. Das macht den Kohl weder fett, noch wird es die grauvolle unsziale Tatsache korrigieren, daß zwar die Rentenpfennige der Kriegskrieger und Arbeitsinvaliden zusammengestrichen sind bis aufs Letzte, daß aber die dem Marschall-Präsidenten nahestehenden oder ranggleichen „Kriegskameraden“ sich keinerlei irgendwie bedeutsame Abstriche gefallen lassen müssen.

Nicht nur deutsche Fürsten, sondern auch fremdherrliche Potentaten, die von ihren Vorkern nach dem Thronverlust keineswegs entschädigt wurden, fallen mit Millionenbeträgen den deutschen Steuerzahlern zur Last, wie Ferdinand von Bulgarien. Es soll uns wundern, ob nicht noch Alfons von Spanien, den sein Volk nicht nur fortgejagt, sondern auch in die Acht erklärt hat, bei dem Herrn Reichspräsidenten um eine Rente vorsprechen wird. Er ist doch im letzten Weltkrieg neutral gewesen und hat in seinen Häfen die Unterseeboote beherbergt

Die sozialdemokratische Volkshausgenossenschaft in Michendorf in Konkurs

Potsdam, 1. Dezember.

Die Volkshausgenossenschaft in Michendorf, eine sozialdemokratische Gründung, die mit verschiedenen großen Salen, einem Volksbad und großen Restaurants aufgezogen war, mußte Konkurs anmelden. Der Betrieb wird vorläufig fortgesetzt. Die Erste Genossenschafts-Brauerei, bei der die Volkshaus G. m. b. H. starke Kredite aufgenommen hatte, hat den Antrag auf Konkursanmeldung bewirkt. Die Gemeinde Michendorf selbst ist auch in eine schwierige Lage gekommen, da der Kreissekretär Jonas, der als Staatskommissar eingesetzt worden ist, als erste Amtshandlung sofort die Bürgersteuer eingeführt hat.

Lokalblatt der SAZ

Reichsausgabe

Frankfurt a. Main

Frankfurt sucht einen Kämmerer. Frankfurt hat seine Sorgen. Die Stadt hat ihren Asch Berlin abgeben müssen. Jetzt sucht sie für das Amt des Kämmerers einen tüchtigen Kopf. Frankfurt sucht seit Monaten, ohne zu finden. Woran liegt das? Gibt es so wenig tüchtige Kämmerer, die bereit sind, nach Frankfurt a. M. zu gehen, oder sind die Frankfurter ganz besonders extravagante Leute? — Daß die Frankfurter noch heute mit der Stalllaterne nach einem Kämmerer suchen, hat seine speziellen Ursachen: Die Herren Stadtväter sind sich über die allgemeinen Grundsätze, nach denen die Wahl des Kämmerers vollzogen werden soll, schon lange einig. Nicht nach politischen, nach „sachlichen“ Grundsätzen soll entschieden werden. Die Sozialdemokratie, die ja im „Opferbringen“ nicht ohne Erfahrung ist, verzichtet von vornherein darauf, einen Sozialdemokraten in Vorschlag zu bringen. (Das Klügste, was sie tun konnte.) Sie hat — laut „Volksstimme“ — nur die Forderung aufgestellt, daß ein tüchtiger, bewährter Mann gefunden werden müsse, der allerdings kein Sozialreaktionär sein dürfe. Bei der Forderung wird's wohl bleiben. Die Herren Stadtväter sahen sich dann die Kandidaten der Reihe nach an. Die Deutsche Volkspartei wollte Herrn Dr. Langer zum Avancement verhelfen. Herr Dr. Langer fand nicht die Sympathie der übrigen Parteien. Er fiel durch. Die Volkspartei ließ daraufhin die Kandidatur des Stadtrats Müller in die Brüche gehen. Haust du meinen Juden, hau ich deinen Juden! Nun wurden die auswärtigen Bewerber auf Herz und Nieren geprüft. Nach langem hin und her schien es, als würden sich die ausschlaggebenden Parteien auf den bisherigen Kämmerer und Stadtbankdirektor der Stadt Königsberg, den Mann mit dem simplen Namen Lehmann, einigen. Denn dieser Lehmann ist kein gewöhnlicher Lehmann. Herr Dr. Lehmann ist sozusagen ein Mann der Tat. Und so was braucht Frankfurt a. M. Herr Dr. Lehmann gilt bei Herrn Foch, dem Parteigänger Hugenbergs, als Kapazität. Und sein durchgefallener Kollege, Herr Rossmann, von der Volkspartei bescheinigt ihm: „Wenn einer die Schwierigkeiten, die ihnen wie allen Kommunen bevorstehen, überwinden hilft, so wird er es tun.“ Volksparteiler und Hugenbergler müssen ja wissen was dem Volke nützt, denn auch das sozialdemokratische Organ, die „Volksstimme“, bezieht sich auf die Aussagen der beiden Biedermänner, um zu zeigen, welche loyalen Kandidaten sie ihre Stimme zu geben bereit war! Die Wahl Dr. Lehmanns schien gesichert. Es herrschte eitel Harmonie und Sonnenschein. Plötzlich kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht, die Deutsche Volkspartei macht nicht mit; sie setzt sich nicht mehr für die Kandidatur Dr. Lehmanns ein. Auf der Suche nach einem Grund, ihren Rückzug zu motivieren, kam sie dahinter, daß Herr Dr. Lehmann vor 7 Jahren von der Stadt Königsberg aus formellen Gründen — eine Rüge erhielt. Die Königsberger haben diese Angelegenheit wohl längst vergessen, denn Herr Dr. Lehmann ist bis auf den heutigen Tag Kämmerer der Stadt Königsberg. Der wahre Grund? Wahrscheinlich wollen sie einen der ihren haben. Darum geht doch wohl diese Katzbalgerei hinter den Kulissen. — Ob ein Demokrat oder ein Volksparteiler Finanzminister der Stadt Frankfurt a. M. wird, kommt — vom Stadtpunkt der Arbeiterbevölkerung betrachtet — ziemlich auf dasselbe hinaus. Stimmen die Informationen des hiesigen Kommunistenblattes, so wurden unter dem Regime des Demokraten Dr. Müller im ersten Vierteljahr 1931 300 000 Mark am Wohlfahrtsrat eingepart. (Dr. Müller ist gleichzeitig Dezernent des Wohlfahrtswesens!) Kommentar überflüssig. Soviel steht heute schon fest: Soziale Finanzpolitik wird der neue Kämmerer nicht treiben. Die Sanierung der Finanzen wird weiterhin auf Kosten der Besitzlosen erfolgen. Für die Arbeiterschaft ist es ziemlich egal, ob Herr Lehmann von den Demokraten oder Herr Maier von der Volkspartei die Bezüge der Wohlfahrts-erwerblosen kürzt.

München

München als Kunststadt. Zur Fertigstellung der Erweiterungsbauten an der Technischen Hochschule wurde am Vorplatz des Haupteinganges (Arcisstr.) eine Rossebändigergruppe aus Bronze aufgestellt. Sie soll die gebändigten Naturkräfte darstellen. Die zwei Figuren, je ein Pferd mit nebenstehendem Jüngling, erhielten auch ungeteilten Beifall der Kunstkritiker. Nachträglich fanden klerikale Kreise es anstößig, daß die beiden Jünglinge so ganz nackt in ihrer vollen Jugendkraft die Sittlichkeit gefährden könnten. Es war deshalb ein neuerlicher Beschluß Münchner Künstler nötig, um das Werk auch als wirkliches Kunstwerk der Öffentlichkeit vorzustellen. An Humor hat es bereits nicht mehr gefehlt. Vor kurzem hat man die beiden Jünglinge Schürzen vorgebunden. Die Schürzen waren allerdings nur aus Papier der Zeitung „Bayrischer Kurier“ (das Blatt der Klerikalen!)

Winterhilfe ist auch in München modern. Verschiedene bürgerliche Kreise machen darin unter Mithilfe staatlicher Organe, wie Reichsanstalt usw. Alles wird gesammelt, alles angenommen. Man weigt sich gern in seinem Wohlwolltätigkeitsgefühl. Wie verlogen ist doch dies alles. Man brauchte ja nur die ruhenden Fabriken, die arbeitslosen Hände in Bewegung zu setzen, die in den Lagern verderbenden Rohstoffe zur Verarbeitung benützen, und für Alle wäre Nahrung, Kleidung und Wohnung da.

Ein Brief aus Hessen:

Durch Kampf zum Sieg!

Aus einem uns zugegangenen Brief eines 18-jährigen Genossen aus Hessen zitieren wir: „... Der Parteiapparat der SPD ist in unserem Ort noch sehr stark und wird sehr gefürchtet. Ich glaube, daß von den über 100 Wählern, die sich am 15. zur SAP bekannten, die meisten organisierte SPD-Leute sind, die aber heute noch nicht mit der SPD zu brechen sich getrauen...“

Die stille Aufklärungsarbeit muß fortgesetzt werden. So ganz still geht es ja dabei nicht ab. Auch die Prominenten kennen die Stimmung und unsere Arbeit. Meiner Offenheit habe ich es zu verdanken, daß gerade ich als Hauptvertreter der neuen Partei gelte. Man suchte mir auch zu drohen, indem jemand erklärte, ich sollte mich hier nicht so mollig fühlen.

Daß viele von denen, die SAP wählten, sich doch noch nicht offen bekennen, ist ja traurig; aber hoffnungsvoll ist, daß gerade die zuverlässigsten und besten politisch denkenden Arbeiter auf unserer Seite stehen und ja auch müssen...“

Noch einiges zur Wahl. Da muß ich eines bedauern: Ist es Euch nicht möglich gewesen, einen Genossen als Diskussionsredner zur SPD-Versammlung zu schicken? 30 bis 40 Wähler wären bestimmt noch herüberzubolen gewesen. Denn die Versammlung war in den Augen eines Sozialisten alles, nur keine sozialistische Versammlung. Sie zeigte einen Tiefstand, dessen sich sogar die SPD-Leute schämten. Zehn Minuten Diskussion wurden dem kommunistischen

Redner zugebilligt, der dann von allen Seiten in fleghafter Weise unterbrochen und belästigt wurde, nicht am wenigsten von den zwei Rednern der SPD. Es war der Verzweiflungskampf der SPD, und man schreckte dabei vor den schäbigsten Witzen, Verleumdungen und gemeinsten Anpöbelungen nicht zurück. Was ein Bernhard von Berlin und Frau Röhle von Frankfurt gegen die SAP vorbringen konnten, war nur, daß Genosse Portune ein fettgefressener Kerl sei und zu faul wäre, im Restaurant des Reichstags aufzustehen und an den Sitzungen teilzunehmen, und der weiterhin noch nicht einmal seinen Beitrag an die Partei abführte. (Kommentar überflüssig. Wenn das alle Weisheit gegen die SAP sein soll...)

Trotz dieser Gemeinheiten und der Hetze und dem Terror gegen die neue Partei haben sich aber, wie gesagt, auch bei uns schon 100 Wähler für die SAP gefunden, und ich glaube, es waren nicht die schlechtesten Sozialisten.

Bezeichnend ist noch ein feiner Unterschied zwischen der SPD und SAP. Während die SPD die Parole ausgibt: „Gebt uns die Macht!“, heißt es in den SAP-Versammlungen: „Ihr seid die Macht!“

Frau Röhle hat sich ja deutlich ausgedrückt, wenn sie sagte, daß die Politik der SPD zur Zeit durch ein tiefes Tal ginge, das von hohen Bergen umgeben sei und in das die große Masse nicht mehr folgen könne.

Ein Erfolg der SAP in unserem Bezirk — der Sieg dem Sozialismus!“

Bezirk Weser-Ems steht

Am 30. November fand die erste Konferenz der Ortsgruppenvorstände des Bezirks Weser-Ems in Bremen statt. Anwesend waren etwa 70 Genossen, darunter vom Hauptvorstand der Genosse Seydewitz und vom Bezirk Wasserkante Genosse Elsner, Hamburg. Die große Anzahl der Vertreter zeigt, daß selbst hier im agrarischen Gebiet die SAP gut Fuß gefaßt hat. Die reichhaltige Tagesordnung konnte verhältnismäßig schnell durchgearbeitet werden.

Das Ergebnis dieser Konferenz ist, daß der Bezirk dem Wahlkreis Weser-Ems angelehnt wird. Bremen scheidet mit Uebereinstimmung des Bezirks Wasserkante (früher Hamburg-Nordwest) aus und gliedert sich Weser-Ems an. Dieser Bezirk ist nun eingeteilt in die Unterbezirke Osnabrück, Emden - Aurich - Leer, Oldenburg Stadt, Land und Rüstingen, Bremen mit Achim-Verden - Rotenburg, Vegesack und Wesermünde - Bremerhaven. Als Bezirksvorort wurde Bremen gewählt; ebenfalls liegt die provisorische Leitung in Händen des Vorstandes der Bremer Ortsgruppe. Bei größeren politischen Entscheidungen sind die Vertreter der größten Ortsgruppen hinzuzuziehen. Diese Neueinteilung gilt ab 1. Januar 1932.

Die Berichterstattung der einzelnen Gruppenvertreter zeigte eine erfreuliche Aktivität unserer Genossen und demgemäß auch eine steigende Zahl von Mitgliedern und Ortsgruppen. Genosse Fritzsche, Oldenburg, berichtete, daß dort neun Ortsgruppen bestehen resp. ihre Gründung bevorsteht, und das trotz der fast rein agrarisch-kleinbäuerlichen Bevölkerung. In Oldenburg-Stadt steht die Bewegung am besten; etwa 80 Prozent der Funktionäre der SPD sind übergetreten. Sehr gute und starke Jugend- und Kindergruppen sind vorhanden.

Peine

Die Rache der Sozialdemokraten. Mit welchen niedrigen Mitteln die Sozialdemokratie die Sozialistische Arbeiter-Partei und deren Funktionäre bekämpft, zeigt folgender Vorfall: Im Sommer dieses Jahres hat der Nazi-Landtagsabgeordnete Kerl in einer Anfrage an die preußische Staatsregierung absichtlich eine Unwahrheit gesagt. Unser Genosse Altenhoff, damals Fraktionsführer der sozialdemokratischen Rathausfraktion, hat diese Unwahrheit festgestellt und dem örtlichen Parteivorstand hiervon Mitteilung gemacht. Der Parteivorstand erklärte hierauf, daß die Sache öffentlich propagandistisch auszuwerten sei. In einer von der SPD eigens zu diesem Zweck einberufenen öffentlichen Versammlung referierte der Genosse Altenhoff und nannte den Nazi Kerl einen wissentlichen Lügner. Auf die Bemerkung Altenhoffs zu dem Vorsitzenden der SPD, Agathon, jetzt werde es zu einer Beleidigungsklage kommen, erklärte Agathon im Beisein prominenter Mitglieder der SPD: „Dann bekommst du von der Partei vollen Rechtsschutz, denn du hast ja im Auftrag und im Interesse der Partei gehandelt.“ In der Gerichtsverhandlung hat dann auch der Genosse Altenhoff den Beweis erbracht, daß Kerl wissentlich die Unwahrheit gesagt hat. Das hat das Gericht ausdrücklich festgestellt. Trotzdem wurde der Genosse Altenhoff wegen formaler Beleidigung zu einer Geldstrafe von 50 Mark und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Nach dem

Urteilsspruch erklärte wieder der Ortsgruppenvorsitzende im Beisein anderer Genossen zu dem Genossen Altenhoff: „Du hast davon keinen Schaden, die Partei bezahlt die Sache.“ Das war Anfang September. Am 10. Oktober wurde die Ortsgruppe Peine der SAP gegründet. Genosse Altenhoff trat als erster der SAP bei. Jetzt weigert sich die SPD ihrer damals übernommenen Verpflichtung nachzukommen. Zuerst war der Vorsitzende ganz offen, indem er sagte: „Jetzt, da Altenhoff zur SAP übergetreten ist, bezahlen wir auch nicht die Strafe.“ Diese Äußerung hat in der Peiner Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt. Sie tat darum dem Parteivorstand auch weh. Rasch verbesserte er sich und behauptete nun, daß dem Genossen Altenhoff nur ein Rechtsbeistand, aber nicht voller Rechtsschutz zugestanden worden wäre. Inzwischen sind dem Genossen Altenhoff die Möbel und sein Fahrrad gepfändet worden. Diese Handlungsweise der SPD hat zu einer größeren Anzahl von Uebertritten von der SPD zur Sozialistischen Arbeiter-Partei geführt, so daß wir jetzt die stattliche Mitgliederzahl von 100 zählen können. Beschämend bleibt es aber für die Sozialdemokratische Partei, daß sie gern die Erfolge ihrer Funktionäre für sich bucht, aber ihnen den Funktionären gegenüber übernommenen Verpflichtungen nicht nachkommt und so ihre Leute materiell in die bedingteste Lage bringt. Das ist nur ein Fall. Wir können noch mehrere Tatsachen anführen, die zeigen, daß den prominenten Mitgliedern der SPD jegliches proletarisches Solidaritätsgefühl

und jede Scham abhanden gekommen sind. Arbeiter, laßt diese Leute, die euch nur über die Achsel ansehen, und euch nur als Stimmvieh benutzen, unter sich und kommt zur Sozialistischen Arbeiter-Partei!

Schwerin i. M.

Am Sonnabend fand in Witzin bei Sternberg, einem ausgesprochenen Dauerdorf, die erste Freidenkersammlung statt, die sehr gut besucht war. Den Anlaß hierzu hatte der Parochialprediger gegeben, der den Kirchenacker, nachdem er versteigert worden, wobei ihm nicht genug herausgekommen war, nochmals versteigerte, wonach nun die kleinen Leute ein Erhebliches mehr zahlen müssen. Der Unterbezirksleiter des Deutschen Freidenkerverbandes für Mecklenburg, Genosse Winkler, Schwerin, sprach über Zweck und Ziele des Deutschen Freidenkerverbandes. Insbesondere wies er auf den unersättlichen Magen der Religionsgesellschaften hin und kennzeichnete die ungeheuren Kosten, welche diese Gesellschaften Peich, Staat und Gemeinden verursachen. Im Etatsjahr 1927/28 erhielten sie vom Reich 5,8 Millionen, von den Ländern 133,8 Millionen und von den Gemeinden 14,7 Millionen Mark, also zusammen 154,3 Millionen Mark. Im Etatsjahr 1928/29 erhöhte sich diese Summe auf 167,9 Millionen Mark oder pro Tag 460 000 Mark. Da nun die katholische wie die evangelische Kirche durch die Sozialdemokraten Braun, Severing und Grimme ihre Konkordate erhalten haben, erhöht sich diese Summe jetzt abermals ganz bedeutend, so daß zurzeit mit einer 1/2 Million Mark pro Tag gerechnet werden kann. Mit den Worten von Karl Marx: „Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber wir haben eine ganze Welt zu gewinnen“ schloß der Redner seinen Vortrag. Im zweiten Teil zeigte Genosse Winkler einen Lichtbildstreifen „Feuerbestattung im Wandel der Zeit“. Auch hierfür war großes Interesse, so daß am Schluß der Versammlung mehrere Anwesende erklärten, nun auch aus der Kirche auszutreten und sich dem Deutschen Freidenkerverband anschließen zu wollen. Diese Versammlung hat wieder deutlich bewiesen, daß auch auf dem Lande der Geist des wahren Sozialismus wach wird.

Nur in den Redaktionstuben der Mecklenburger Volkszeitung und des Freien Worte in Rostock liegt man noch immer im Halbschlummer. Dort scheinen die Worte August Rebels „Religion und Sozialismus vertragen sich so wenig wie Feuer und Wasser“ noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein. Oder hat man Sorge, seine Tolerierungsgenossen beleidigen zu können?

Elmshorn

Eine nette Volksgemeinschaft. Wir berichteten vor einigen Tagen an dieser Stelle, daß im Lokal des SPD-Stadtrats und Zweiten Bürgermeisters der Stadt Elmshorn, Petersen, eine Kundgebung und ein „deutscher“ Abend der Nazis mit deutschem Tanz stattfinden sollten. Die Veranstaltungen sind nun gewesen. Es herrschte natürlich bei der Arbeiterschaft, auch der sozialdemokratischen, größte Empörung darüber, daß dieselben Banden, die tagtäglich Klassengenossen überfallen und verprügeln, nun in Arbeiterlokale verkehren dürfen. Petersen soll sogar sein Lokal den Nazis für immer zur Verfügung gestellt haben, und die Nazis haben das Angebot auch angenommen. Empörung herrscht nicht bei der Reichsbannerleitung. Sie rief vor einigen Tagen in diesem Nazilokal das Jungbanner zusammen und ließ darüber abstimmen, ob das Reichsbanner noch in diesem Lokal weiter verkehren wolle oder nicht. Die Abstimmung ergab 26 Stimmen dafür und 24 dagegen. Demokratie muß ja herrschen, die Mehrheit hat entschieden: es wird weiter verkehrt. Es verkehren hier jetzt Reichsbanner, SA, SS, also das Sniebertum und seine Schlägergarde und das Reichsbanner. Nennt man das Klassenbewußtsein? Eine nette Volksgemeinschaft ist das! Gemunkelt wird auch, daß die Frau des „Herrn Stadtrats“ Mitglied des „Königin-Luise-Bundes“ ist, und der noch schulpflichtige Sohn im Reitverein das Reiten lernt. General der SPD, Reitverein, Nachfeierung der Methoden der reinen Luise, paarmal mit RB und SA — wirklich: eine Volksgemeinschaft!

Lest und verbreitet

die vom Parteivorstand herausgegebenen Broschüren

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: W. H. Schärer für literarische, John H. Hoffmann Verlag Siebel Zeitungs-Verlags- und Buchdruck: Georg Koenig, Mühlh. in Berlin O. 27. Magazin Nr. 15/16

SAZ „Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montage
Redaktion: Berlin O. 27. Magazin Nr. 15/16. Tel. Kunfergenstr. E 2 2904

Verlag und Expedition: Berlin O. 27. Magazinstr. 15/16. Tel. Kunfergenstr. E 2 2905

Bezugspreis für einen Monat durch die Expedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen RM 2,10 und RM - 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2,10 und RM 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich einschließlich RM 1,30 Porto

Innenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Alle Zahlungen sind zu leisten an: Siebel Zeitungs-Verlagsges. m. H. - Berlin O. 27. Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin A. W. T.

Blut, Vagina und nationale Flagge

Zu einem Roman der deutschen Feme

von Hanns Heinz Ewers

Von dem erfolgreichen Rezept, das der Presselord Northcliffe seiner Meute für die weithin berüchtigte Kriegspropaganda gab, ist auch der deutsche Dichter Hanns Heinz Ewers ausgegangen, als er seinen Feme-Roman verfaßte, dessen Abdruck die Nacht Ausgabe Hugenbergs vor kurzem beendet hat. Nach der Lektüre dieses Romans darf man sagen, daß hier ein wahrhaftes „Nachtstück“ vorliegt — wenn auch nicht in Callots Manier. Ewers hat stets den Bürger das Gruseln lehren wollen; manchmal ist es ihm auch geglückt. Aber vorwiegend bestand sein Publikum doch immer aus Jünglingen und Backfischen im Pubertätsalter, und wenn den Zensurgebsten der Schand- und Schmutzstellen jemals ein Werk anzupfehlen war, so die Romane dieses Autors.

„Reiter in deutscher Nacht“ verherrlicht den Lebensgang des Oberleutnants Gerhard Scholz, in dem der Leser ohne viel Mühe das berühmte Haupt der deutschen Feme von 1923, den Oberleutnant Paul Schulz identifizieren soll. Das ist die Absicht des Autors, der hier ein vollendetes Schlüsselroman gegeben hat. Nur hat sich Ewers um historische Treue nicht bemüht. Nach ihm sind die Feme-Mörder vaterländische und mutige Männer, die immer zu ihren Taten stehen, die dem Untersuchungsrichter nicht die kleinste Beschwerde verursachen und mehr Morde zugeben, als man überhaupt von ihnen wissen will. Die Wirklichkeit sah ja bekanntlich um ein Geringes anders aus. Hier ist auch die Frage gestattet, ob Herr Paul Schulz sich solche Glorifizierung gefallen lassen will. Er wird schließlich zugeben müssen, daß er zum Beispiel im Falle Fahlbusch Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hat, um sich der Schlinge zu entwinden, die die wahrheitsgetreue Aussage des aus Amerika repatriierten Feldwebels um seinen Hals geworfen hatte. Und Fahlbuschs grundständiger, ganz rechtsradikal gerichteter Anwalt hat Schulzens Haltung bitter beklagt.

Ewers' Roman beginnt mit einer Schilderung des Milieus im Lager der Baltikamer. Bei den deutschen Landsknechts-Trupps hat sich ein edles baltisches Fräulein eingestellt, dessen Familie die Bolschewiki ausgerottet haben. Sie selbst ist mit mehrfacher Schandung davongekommen. Nun stieß sie zu den Trupps, um blutige Rache zu nehmen, und reitet des Nachts, auf dürrerem Gaul das Gefechtsfeld ab, um etwa unbegreiflicherweise von den weißen Garden verschont gebliebene rote Verwundete auf rasche Art ins Jenseits zu befördern. In der Freizeit geht sie übrigens im Lager von Hand zu Hand, und ein besoffener und beim Kartenspiel ausgeplündeter Rittmeister verkauft sie schließlich an den Helden Scholz, alias Schulz. Das Fräulein läßt sich gerne verkaufen und teilt für die fernere Dauer des „Feldzuges“ das Zelt ihres neuen Besitzers.

Als Scholz ein paar Jahre danach in Oberschlesien „arbeitet“, trifft er mit ihr wieder zusammen. In der zweiten Fortsetzung wird gleich ein Musterbeispiel von Feme-Mord exekutiert, zu dem Scholz den Befehl gibt. Das Musterbeispiel hat nur den einen Fehler, daß es nicht vorgekommen ist. Bei Ewers ist nämlich die Ueberführung des Opfers komplett. Ein englischer Offizier der Besatzungsarmee, der mit den deutschen Freischärlern sympathisiert, verrät den Namen und die Dienststellung des angeblichen „Verräters“ und der wird also „umgelegt“. In Wirklichkeit hat kein einziger Feme-Mord auf so eindeutige Beweismaterial

hin stattgefunden. Immer waren es höchst vage Verdachtsmomente, die die Herren Feme-richter zu ihrem Todesspruch veranlaßten. Uebrigens stellt sich selbst im Roman später heraus, daß der wohlwollende englische Offizier einem — verzeihlichen Irrtum unterlag. Der wirkliche Verräter hatte sich nämlich vorsichtigerweise der Ausweisungspapiere eines jungen Kameraden bedient, und so mußte der ganz unschuldige statt des schuldigen Mannes ins Gras beißen.

Von Oberschlesien aus zieht Scholz teils in Rheinland, um dort Separatisten zu bekämpfen, teils reist er in der Mark umher, um die schwarze Reichswehr zu organisieren. Lilly Ignota, auf diesen Namen lautet der Nansenpaß des baltenfräuleins, immer mit. Im Rheinland muß sie oder Scholz' Schwester Käthe, um den Bruder und andere Freunde zu befreien, die teils wegen Separatistenbekämpfung, teils wegen verbotener Wahlagitation für Hindenburg in belgischem oder französischem Militärgewahrsam sitzen und — dies ist wohl eine Reminiszenz an Goebels'sche Aufschneidererei — mit großer Pünktlichkeit die Reitpeitsche der fremden Offiziere zu kosten bekommen, mit diesen diversen französischen oder belgischen Offizieren schlafen. Dieser Umstand wird zwar allseits für sehr bedauerlich gehalten; man sieht aber kaum Möglichkeiten, ihn zu umgehen. Als Scholz später in der wegen dringenden Verdachts der Anstiftung zum Feme-Mord über ihn verhängten Untersuchungshaft durch ein Zeitungsblatt davon Kenntnis erhält, daß seine Schwester von nationalem Pöbel als „Franzosenliebchen“ unter den in diesem Fall üblichen und ihm auch angemessen erscheinenden Begleitumständen gelyncht worden sei, mobilisiert er den Rest seines väterlichen Erbes, um den tatensüchtigen deutschen jungen Männern, die diesen Akt nationalen Selbstgefühls und vaterländischer Gerechtigkeit vollzogen haben, einen erfahrenen Anwalt zur Seite zu stellen.

Wie man sieht, trieft Ewers' Roman von Fdelmut und Vaterlandsliebe, wie auch von der in solcher Umwelt ein wenig profan anmutenden Verwandtenliebe.

Die unter leicht zu entschleiernden Decknamen Mit-Feme-Mörder — einer von ihnen, in der Fabel Hornemann genannt, ist inzwischen sogar Reichstagsabgeordneter geworden und in seiner Figur mischen sich Züge des gegenwärtigen Kabinettsmitgliedes Treviranus mit solchen des jungdeutschen Führers Bornemann — stellt, nachdem er die Freiheit und bald darauf mit dem Mandat zum Reichstag die Immunität erlangt hat, dem noch inhaftierten Kommandeur der Feme den berühmten Rechtsanwalt und Professor des Strafrechts als Verteidiger; Von ihm bleibt leider unerwähnt, daß er, bevor er sein Amt als „Syndikus der Feme“ übernahm, mit der französischen Besatzungsbehörde ganz gute Rechtsgeschäfte betrieben hat. Dieser juristischen Kanone gelingt es endlich den braven Scholz loszuweisen.

Auf Ehrenwort wird er von der preußischen Behörde aus der Strafhaft beurlaubt und muß zu seiner großen Empörung von dem seine Sache bearbeitenden Kriminalkommissar, als er sich pünktlich zurückmeldet, hören, daß die Preußen ihn ja doch losgelassen hätten, um den unbequemeren Fall aus der Welt zu schaffen. Die Abnahme des Ehrenworts habe nur dem Zwecke dienen sollen, im Fall von Angriffen linksradikaler Abgeordneter darauf verweisen zu können, daß man doch dem Ehrenwort eines

ehemaligen Offiziers getraut habe, und nun bitter enttäuscht worden sei. Angeekelt von diesem vertraulichen Eingeständnis, will Scholz sich nunmehr aus dem Präsidium entfernen, aber — „Halt!“ sagt der Kommissar. „Wo Sie nun einmal hier sind, bleiben Sie auch hier!“ und Scholz muß zurück ins Gefängnis, aus dem ihn erst die Amnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung befreit.

In der Zwischenzeit hat sich Fräulein Ignota in Paris, wohin sie verzogen ist, des Lebens beraubt und wird als „Inconnue“ (Unbekannte) aus der Seine gezogen. Im Leichenschauhaus nimmt ein von soviel Todesschönheit begeisterter Bildhauer ihre Maske. So muß auch die schöne „Unbekannte“ aus der Seine Ewers' Zwecken dienen. Sein Held ersteht in einem Berliner Laden gleich zwei Exemplare der berühmten Maske und verfällt darauf in Trübsinn.

Mit Mord und Totschlag endet der Roman, wie er begonnen. Hitlerjungen schlagen Arbeiter nieder, und in ihnen grüßt der Dichter das erwachende Deutschland. Der „Angriff“ aber hat dem Dichter zu seinem 60. Geburtstag, der dieser Tage fiel, ins Stammbuch geschrieben, daß er leider früher seine großen Fähigkeiten bloß an „unwürdige Objekte“ vergeudet habe. Glücklicherweise sei dies nun anders...

Ewers' historische Treue aber möge nach einem Vorkommnis beurteilt werden, das Hans Reimann in seiner „Kloake“ aufgezeichnet hat. Bei Kriegsbeginn hielt sich Ewers in den Vereinigten Staaten auf. Von dort her schrieb er ein Gedicht „Meiner Mutter Haus“, das alsbald die Runde durch die deutschen Kriegszeitungen machte. In dem Poem war geschildert, wie seine Mutter ihr Haus am Rhein dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt habe und wie nun in den früher von Frohsinn und rheinischer Heiterkeit erfüllten Sälen verwundete, verstümmelte Krieger lägen, denen der boshafte Feind im Bürgerrock, der Franktireur, die Augen ausgestochen und noch andere, grauenhafte Pein angetan habe.

Als man, in dieser Zeit hemmungsloser Grauelpropaganda höchst verdienstvoll, der Sache nachging, stellte sich heraus, daß erstens Mutter Ewers ihre schöne Villa am Rhein keineswegs als Lazarett hergegeben hatte und daß die alte Dame, zweitens, von verstümmelten Kriegern überhaupt nichts wußte. Alles stellte sich als freie, sozusagen dichterische Erfindung des Herrn Hanns Heinz Ewers heraus.

Nach dieser Erfahrung kann Ewers' Anspruch auf historische Objektivität nur gering bewertet werden.

Dies unser Beitrag zum sechzigsten Geburtstag des „Dichters“! Kassander.

Kleines Feuilleton

Das Indien von heute

Kürzlich erschien in Frankreich eine Statistik über indische Verhältnisse, der wir folgende Angaben entnehmen: Es gibt in Indien nicht weniger als 315 verschiedene Religionen. — Das Land zählt insgesamt an die 320 Mill. Einwohner, darunter nur 200 000 Europäer. — Nur 8 Prozent der Bevölkerung können lesen und schreiben. Somit stellt Indien das Rekord-Analphabetenland der Welt dar.

Was der Schuhkäufer bezahlen muß...

Nach Meldungen aus Prag beabsichtigt der tschechische Schuhfabrikant Bata das zur

Das Tanzlied des Totenschiffs

(Von B. Traven.)

Was gehn euch meine Lumpen an?
Da hängen Freud' und Tränen dran.
Was kümmert euch mein Gesicht?
Ich brauche euer Mitleid nicht.

Was kümmert euch, was mir gefällt?
Ich lebe mich, nicht euch, in dieser Welt.
In euren Himmel will ich gar nicht rein,
Viel lieber dann schon in der Hölle sein.

Ich brauch' gewiß nicht eure Gnaden,
Und selbst wenn Tote ich geladen,
Wenn Schimpf und Schand' sind an mir dran,
Euch geht das einen Sch... dreck an.

Ich pfeife auf das Weltgericht.
An Auferstehung glaub' ich nicht,
Ob's Götter gibt, das weiß ich nicht,
Und Höllestrafen fürcht' ich nicht.

Hoppla he, auf weiter See.

Hoppla, hoppia, he!

(Aus: „Das Totenschiff“ von B. Traven.
Büchergilde Gutenberg, Berlin.)

Demontierung bestimmte englische Luftschiff „R 100“ käuflich zu erwerben. Bata soll das Luftschiff zur Eilbeförderung von Schuhwaren aussersehen haben.

Eine unermüdete Uhr

In Fayette, in den Vereinigten Staaten, lebt ein Ladeninhaber namens Grin, der eine höchst bemerkenswerte Wanduhr besitzt. Sie hat bereits 348 Jahre auf dem Buckel, erfüllt aber nach wie vor unentwegt ihre Pflicht. Die Familie Grin stammt aus Deutschland, wo ein Uhrmacher namens Helfrich diese Uhr im Jahre 1588 anfertigte.

Ein Riesen-Brennglas

Im Astrophysikalischen Institut zu Pasadena wird zur Zeit ein Apparat gebaut, mit dem eine Hitze von 5500 Grad Celsius erzielt werden soll. Auf einer Fläche von 3 Meter Durchmesser sind 19 Linsen von 60 Zentimeter Durchmesser angeordnet, die das Aufkommen des Sonnenlichts auf eine Fläche von der Größe eines Handtellers und damit auf eine zweihundertmal so starke Hitze konzentrieren. Das zu erhitzende Material wird in eine luftleer gemachte Glasröhre eingeschmolzen.

Flugverbindung

mit der Arktis

Moskau (über Kowno), 27. November.

Der Rat der Volkskommissare der Sowjetunion hat beschlossen, zwischen dem Festlande und der Arktis eine Flugverkehrslinie einzurichten. Die neue Linie soll von Archangelsk über Nowoja Semlja nach Franz-Josefsland führen.

Geldschrankknacker

im Reichsversicherungsamt

MLD. Berlin, 30. November.

In der Nacht zum Sonntag drangen bisher unbekannte Täter in das Reichsversicherungsamt in der Königin-Augusta-Straße ein und schweißten im ersten Stock zwei Geldschränke auf. Soweit sich bisher feststellen ließ, haben die Täter Lohngelder in Höhe von etwa 40 000 Mark erbeutet.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Grelterverlag Rudolstadt)

14. Fortsetzung

„Ich hab's“, rief Eusebia Bader glückstrahlend, „wir gehen jetzt gegen die Kleine. Die ist noch keine achtzehn Jahre alt, da geht's noch.“

„Keine schlechte Idee“, meinte Hammer, „wie alt ist sie denn?“

„Das weiß ich ganz genau, am 7. Dezember 1927 wird sie achtzehn Jahre alt, die Augusta Wehner.“

„Na also, da geht's ja noch, aber nicht mehr viel Zeit ist zu verlieren, vor ihrem achtzehnten Geburtstag muß die Anzeige noch gemacht werden, nachher geht's nicht mehr. Auch wenn das Verfahren über den achtzehnten Geburtstag hinaus dauert, das macht nichts. Darin kommt uns das Gesetz zu-statten, wenn nämlich die Anzeige vor dem achtzehnten Geburtstag eingelaufen ist, dann geht's noch, auch wenn das Verfahren erst nach dem achtzehnten Geburtstag beendet wird. Und bei den Jugendlichen braucht man überhaupt keine Kriminalpolizei, da gibt's eine noch schönere Einrichtung, das Jugendamt. An das braucht man einfach zu schreiben. Alles andere machen die dann selber, bei denen dürfen auch anonyme Anzeigen berücksichtigt werden, alles zum Wohl für die Jugend. Wo ist denn übrigens die Augusta?“

„Beim Tietz; gestern hab' ich sie dort am Stofflager stehen sehen. Ich wollte Kleiderstoff kaufen für meine Kinder. Wie ich die

gesehen hab', bin ich aber lieber wieder fortgegangen.“

„Also bei der ist noch was zu machen“, sagte Hammer, „aber Sie müssen's machen. Sie wissen doch, der Geyer, der Hundsknochen, der verfluchte, der hat den Kriminalamtmann gegen mich aufgehetzt. Ich kann jetzt nicht mehr. Mir könnte sonst weiß Gott was passieren im Amt. Aber Sie, Sie sind doch frei und unabhängig. Und bei dem Jugendamt, da braucht man nicht einmal von Un-zucht und so zu schreiben, da genügt es, wenn man sagt, Gefährdung für die Jugendliche, Gefahr der Verwahrlosung oder so ähnlich. Die Umgebung wirkt nachteilig auf die Jugendliche ein. Das ist besonders schön. Da gehen sie dann sicher vor. Und seinen Namen braucht man auch nicht zu nennen. Aber mich müssen Sie aus dem Spiel lassen. Als Zeuge, das ist natürlich etwas anderes, als Zeuge können Sie mich angeben, aber sonst nicht. Und noch etwas kann man da machen; mit der Umgebung, die nachteilig einwirkt, da kann man den Geyer treffen, den nieder-trächtigen Kerl. Der Geyer schämt sich natürlich, wenn sein Verhältnis mit so einer beim Gericht bekannt wird und dann löst er das Verhältnis mit der Wehner auf, das ist dann ein doppelter Erfolg.“

„Ich verstehe“, sagte Frau Bader, „ich mache schon alles richtig. Auf mich können Sie sich verlassen.“

Vor dem Weggehen steckte Frau Bader noch einmal den Kopf zur Tür herein:

„Soll man das mit der Ruhestörung nicht auch wieder machen? Sie hat doch einen neuen Studenten. Da könnte man's ja wieder einmal probieren.“

„Gewiß“, antwortete Hammer, „das trägt sehr zur Unterstützung der Anzeige bei; aber machen Sie es nicht bei der Kriminalpolizei, Sie wissen doch, die sind mißtrauisch. Bei den uniformierten Schutzleuten ist's anders. Die wissen von nichts.“

„Wie heißt die genaue Adresse, wo man hinschreiben muß?“ fragte Frau Bader noch. „Ich will's Ihnen aufschreiben“, sagte Hammer und gab ihr einen Zettel mit, auf welchem mit Schulbubenhandschrift geschrieben war: „Städtisches Jugendamt Weinsburg, Rathaus.“

Endlich konnte Frau Eusebia Bader wieder einmal beruhigt schlafen.

22.

Der Medizinstudent Josef Hackermeier stand vor dem Examen.

Deshalb hat er das möblierte Zimmer bei Fräulein Wehner gemietet. Das war so ruhig nach dem Garten zu gelegen. Da konnte man den Tag über ungestört lernen.

Jeden zweiten Abend kam sein Korpsbruder, der Assistenzarzt aus dem Krankenhaus, zu ihm auf die Bude und hat ihn eingepaukt. Der Korpsbruder war gar nicht mit den Leistungen seines Schülers zufrieden. Die jungen Leute haben halt doch nichts gelernt während der Studienzeit. „Du Rindvieh, du sandnummes“, schrie er an einem Abend auf Hackermeiers Bude. „Kannst du denn das gar nicht kapieren.“

Bum, bum, machte es da an der Wand zur Nebenwohnung.

„Herein“, rief Hackermeier, „immer herein-spaziert.“

Die Störung war ihm erwünscht gekommen, da konnte man sich in der Zwischenzeit die Antwort auf des Korpsbruders Frage überlegen. Es kam aber nichts und so mußte er doch eingestehen, daß er gar nicht kapiert hat, was ihm sein Korpsbruder gefragt hatte.

Der Unterricht ging weiter. Immer mehr hat sich der Korpsbruder über die Unwissenheit seines Schülers ereifert.

Da schellte es an der Tür.

Hackermeier öffnete

Ein fremder Mann war draußen: „Sind Sie hier beheimatet“, sagte der, „was haben Sie hier überhaupt zu suchen; Ruhe muß sein, sonst hole ich die Polizei.“

„Wer sind denn Sie?“ fragte Hackermeier.

„Das geht Sie gar nichts an“, bekam er als Antwort. „Jetzt bei der Nacht braucht man sich niemandem vorzustellen.“

Wie ein siegreicher Feldherr kehrte der Margarinerisende Bader in seine Wohnung zurück. Denen hab' ich's einmal ordentlich besorgt“, sagte er seiner Eusebia.

Am nächsten Tage kam zu Hedi Wehner in die Wohnung ein uniformierter Schutzmann.

„Gegen Sie ist eine Beschwerde eingelaufen“, sagte er, „wegen nächtlicher Ruhestörung. Das sage ich Ihnen aber gleich, diesmal kann Ihnen der Dr. Geyer nicht helfen. Ihre Nachbarin, die Frau Bader, beschwert sich über Sie, weil immer gelärmt wird in der Nacht.“

(Fortsetzung folgt)

Kampf im Nazi-Lager

Das Hessendokument von der anderen Seite

I. Der Auftakt

A. Q. Darmstadt, 29. November.

Schon vor den Wahlen ging im nationalsozialistischen Lager ein Raunen: Nach dem 15. November werden wir in Hessen regieren. Offenbar rechnete man mit der absoluten Mehrheit; die Tatsache aber, daß das Zentrum sich gehalten hat, zwang zu einer anderen Rechnung. Wollte man nunmehr sofort in die Regierung, so blieben nur zwei Möglichkeiten: Entweder Koalition mit dem Zentrum oder illegale Machtergreifung. Es darf dabei nicht übersehen werden, daß die Nationalsozialistische Partei bei der hessischen Wahl ungefähr alle Reserven herausgeholt hat, die ihr zur Verfügung standen. Ein weiterer Stimmenzuwachs kann nunmehr nur auf Kosten des Zentrums erzielt werden. Diese Tatsache gab den auf illegale Machtergreifung drängenden Strömungen in der Nationalsozialistischen Partei Auftrieb. Offenbar hat die Strömung in der NSDAP, die an eine legale Machtergreifung ohne das Zentrum nicht glaubte, bereits vor den Wahlen die Lage richtig eingeschätzt und sich Gedanken darüber gemacht, wie man dann ohne Rücksicht auf das Zentrum auf illegalem Wege zur Macht gelangen könnte. Ob die Zentralinstanzen über diese Pläne unterrichtet waren, läßt sich heute schwer feststellen, wird sich auch kaum einwandfrei feststellen lassen. Jedenfalls haben die in den letzten Tagen sich in Hessen überstürzenden Ereignisse klar gezeigt, daß innerhalb der Nationalsozialistischen Partei zwei Richtungen bestehen, eine, die die Koalition mit dem Zentrum will, und eine andere, die die illegale Machtergreifung mit dem Ziel der Alleinherrschaft erstrebt. Das erste Anzeichen für diesen innerhalb der Hitlerbewegung bestehenden Gegensatz war die Nachricht, daß am 19. November, also vier Tage nach den Wahlen, Hitlerleute in die Wohnung des nationalsozialistischen Führers und neugewählten Landtagsabgeordneten Dr. Schäfer eingedrungen waren und

alle Parteidokumente aus dessen Wohnung mit sich genommen hatten. Am 21. November stand dann im Organ der NSDAP, „Hessenhammer“, folgende Notiz:

„Pg. Dr. Schäfer hat mit Rücksicht auf seine berufliche Inanspruchnahme und seine Kriegsverletzungen sein Mandat niedergelegt. Die Gauleitung Hessen spricht ihm für seine Arbeit den Dank aus.“

Gleichzeitig wurden zwei weitere Kandidaten aus der Liste gestrichen, der Kaufmann Brückmann und der Handelsvertreter Zürtz, die durch zwei andere Nationalsozialisten ersetzt wurden.

II. Staatsstreichpläne

Am 25. November ging dann bekanntlich durch die Presse die Nachricht, daß auf Veranlassung des Oberreichsanwalts Haussuchungen stattgefunden haben, und zwar: im Braunen Haus in Darmstadt und in den Privatwohnungen der Sturmführer Hauptmann a. D. Wassung, Gerichtsassessor Dr. Best, Landwirt Dr. Wagner und Kapitänleutnant a. D. von Davidson. Diese Durchsuchungen wurden vorgenommen auf Grund einer von Dr. Schäfer dem Polizeipräsidenten in Frankfurt gemachten Anzeige. Gleichzeitig veröffentlichte die Presse jenes bekannte Dokument, das durch die Worte eingeleitet wird: „Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet.“

III. Innenminister gegen Oberreichsanwalt

Unmittelbar nach der Polizeiaktion war bereits ein Gegensatz zwischen dem hessischen Innenminister und dem Oberreichsanwalt festzustellen. Während der hessische Innenminister behauptete, daß die Haussuchungen auf Veranlassung des Oberreichsanwalts erfolgt seien, erklärte der Oberreichsanwalt: „Das Vorgehen der Darmstädter Polizei ist nicht auf meine Veranlassung hin geschehen.“

Während die hessische Regierung behauptete, daß der Hochverrat nachgewiesen sei, erklärte der Oberreichsanwalt:

„Soweit das Schriftstück Bests als Stütze zur Feststellung des Tatbestands in Betracht kommt, handelt es sich doch offenbar um Maßnahmen, die sich gegen eine auf Grund der jetzt geltenden Verfassung im Amt sich befindliche Regierung nicht richten; vielmehr ist vorausgesetzt, daß eine solche legale verfassungsmäßige Regierung gestürzt und durch die Herrschaft der Kommune ersetzt sei. Diese ungesetzliche Kommuneherrschaft sei dann abgelöst durch die Nationalsozialisten und erst dann sollen die Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ordnung, Sicherheit und Ruhe in Kraft gesetzt und durchgeführt werden. Ob die weitere Untersuchung der Angelegenheit einen anderen Tatbestand ergibt, bleibt abzuwarten.“

Best, der seine Urheberschaft zugegeben hat, ergänzte diese Ausführungen des Oberreichsanwalts dahin, daß die Notverordnungen im August verfaßt worden seien, „in Anbetracht des drohenden Kommunistaufstands.“

IV. Was sagt die Leitung der Partei?

Zu den geschilderten Ereignissen stellte die Gauleitung der NSDAP folgendes fest:

„Die NSDAP hat seit ihrer Neugründung im Jahre 1925 weder direkt noch indirekt illegale Pläne einzelner Personen unterstützt, und unabsichtlich bisher jeden entfernt, der mit solchen Plänen zu spielen versuchte. Die Gauleitung Hessen und alle verantwortlichen Führer lehnen es, entschieden ab, mit diesen Plänen auch nur das Geringste zu tun zu haben.“

Die Grundhaltung gilt auch ehern und unverrückbar für die NSDAP, Gau Hessen. Sollte es sich bewahrheiten, daß einzelne Mitglieder der NSDAP, Gau Hessen, direkt oder indirekt sich mit Plänen dieser Art identifizieren, dann würde das den sofortigen, unwiderruflichen und dauernden Ausschluss dieser Leute aus der Bewegung mit sich bringen.

Der oberste Führer der Bewegung, Adolf Hitler, hat durch seinen Eid den legalen Kurs der Bewegung beschworen und die Bewegung muß jeden, der durch Unverständnis oder als Spitzel den Führer meinedig machen will, rücksichtslos disziplinieren.“

V. Was wird geschehen?

Aus diesem Wirrwarr von Erklärungen und Gegenerklärungen geht bereits klar hervor, daß in der NSDAP eine auf unmittelbarem, gewaltsamen Umsturz gerichtete Strömung vorhanden ist. Ob allerdings Best wegen Hochverrat belangt wird, ist bei der milden Einstellung der Gerichte den Nationalsozialisten gegenüber und nach den Ausführungen

Frankreich und Hitler

Eine Rechnung ohne . . . das Proletariat

Wie steht Frankreich zu Hitler? Die Frage ist in der letzten Zeit verschiedentlich gestellt und verschieden beantwortet worden. Man hörte von einem Interview des französischen Botschafters Francois-Poncet, das aber prompt dementiert wurde. Ebenso dementierte Hitler, je Verhandlungen gepflogen zu haben. Aber diese Dementis hatten den Charakter, den Dementis meist haben, sie waren zweideutig und ließen vieles offen.

Nun will der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfahren haben, wie die Telegraphen-Union aus London berichtet, daß sich die französischen Stellen bereits mit einem möglichen Wechsel in der deutschen Regierung in etwa drei bis vier Monaten und dem Eintritt der Hitlerpartei in eine neue Koalition abgefunden hätten. Es sei die Möglichkeit vorhanden, daß die Führer der Hitlerpartei unter der Last von Ministerverantwortlichkeiten Weisheit und Mäßigung lernen würden.

Die gleichen französischen Kreise hofften auch, daß bis dahin der Vatikan vorbehaltlich der Annahme von gewissen, die Kirche zufriedenstellenden Bedingungen sich mit der Zurückziehung des Bannes gegen die Zusammenarbeit zwischen den deutschen Katholiken und den Hitleranhängern durch das deutsche Episkopat einverstanden erklären werde. Dies würde es Dr. Brüning möglich machen, die Stellung des Außenministers in einer neuen Koalition anzunehmen, was die Franzosen begehren werde. Dies werde wohl auch mit den Wünschen der gemäßigten Nationalsozialisten übereinstimmen. Der gegenwärtige französische Botschafter Francois-Poncet beabsichtige, eine wirkliche Kenntnis der Hitlerbewegung und der Sinnesrichtung ihrer Führer zu gewinnen. Er wollte hierbei feststellen, ob

des Oberreichsanwalts sehr zweifelhaft. Ihm wird bei dieser Einstellung der Justiz nichts geschehen; dagegen läßt aber die Erklärung der Gauleitung darauf schließen, daß die ganze von der SPD in Bewegung gesetzte Affäre dem Braun Haus in München sehr gelegen

kommt, um sich von den unliebsamen radikalen Elementen zu befreien und damit bei voller Wahrung des Gesichtes den Forderungen des Zentrums nachkommen zu können. Das überschlaue Vorgehen der SPD, das Hitler den Weg zu einer Koalition mit dem Zentrum verbauen sollte, wird in Wirklichkeit diesem den Weg in die Hessische Regierung ebnen, weil diese ganze SPD-Aktion eben von vollkommen falschen politischen Voraussetzungen ausging.

Dabei wird es allerdings nicht ohne scharfe Auseinandersetzungen in der NSDAP abgehen. Der Nationalsozialismus befindet sich heute in derselben Lage wie die SPD im Jahr 1918. Auch für ihn gilt es, sich zu entscheiden, entweder für ein Zusammengehen mit dem Zentrum oder für einen illegalen Kampf zur Erringung der Alleinherrschaft. Dem Proletariat kann es ganz gleich sein, ob die Zukunft eine kapitalistische Diktatur Brüning-Hitler oder eine solche von Hitler allein bringen wird. Es gilt, jede bürgerliche Diktatur durch schärfsten Klassenkampf zu verhindern. Die Arbeiter müssen klar erkennen, daß, wer die Regierung Brüning-Groener toleriert, damit den Weg für Hitler ebnet!

Indien unter Ausnahmerecht

Das englische Terrorgesetz

London, 1. Dezember.

Der indische Vizekönig erließ am Montag eine Verfügung, die der indischen Regierung weitgehende Vollmachten zur Bekämpfung des Terrors und zur raschen Durchführung von Prozessen gibt. Die Verfügung enthält zwei Abschnitte, von denen der erste vorläufig nur im Ohittagongbezirk Gültigkeit hat, während der zweite ganz Bengalen betrifft. Im ersten Teil werden die Ortsbehörden ermächtigt, zur Bekämpfung des Terrors Verhaftungen mit militärischer Unterstützung ohne Haftbefehl vorzunehmen, ferner über das Eigentum der Terroristen zu verfügen und die Unterstützung von andern Personen, Lehrern usw. bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu fordern. Außerdem müssen Einwohner von Ortschaften, in denen Unruhen stattfinden, Geldstrafen zahlen.

Der zweite Teil sieht die Einrichtung von Sondergerichten für ganz Bengalen vor. Sie sollen sich aus drei Richtern zusammensetzen, von denen der Präsident ein früheres Mitglied des Staatsgerichtshofs sein muß. Eine Berufung ist nicht möglich. Das Sondergericht hat das Recht, jeden wegen versuchten Mordes Angeklagten mit dem Tode oder lebenslänglicher Verbannung zu bestrafen.

Gandhi bleibt fest

Freiheit oder Kampf.

London, 1. Dezember.

Die gestern vormittag eröffnete Vollversammlung der Indien-Konferenz am Runden Tisch dauerte mit einigen Unterbrechungen bis heute früh 2.15 Uhr, worauf MacDonald sie bis 11.30 Uhr vormittags vertagte. Gandhi, der nach Mitternacht sprach, erklärte u. a., er wünsche dem indischen Volk die Wiederaufnahme der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams zu ersparen. Aber wenn sie sich als nötig erweise, werde er mutig daran gehen. Er sei zu einem Kompromiß bereit, wenn es ehrenvoll sei und Indien wahre Freiheit gebe. Das Minderheitenproblem lasse sich nicht lösen, solange eine Fremdherrschaft bestehe. Die indischen Fürsten müßten konstitutionelle Monarchen wie König Georg werden. Der hervorragende Hindu-Liberale Sastri forderte Gandhi auf, seine Mitarbeit nicht zu verweigern.

Englische Sonderzölle für Obst und Gemüse

London, 30. November.

Der Antrag des Landwirtschaftsministers Guilmour, Sonderzölle für Obst und Gemüse einzuführen, wurde vom Unterhaus mit 366 gegen 49 Stimmen angenommen.

Korruption

— das politische Prinzip der KPD

Lüneburg, 30. November.

Die aus dem großen Bombenleger-Prozess bekannten Landleute Vick jun. (Rönne) und Luhmann aus Clues erklärten auf einer Versammlung des Kreislandbundes Lüneburg, daß die KPD ihnen für den Fall, daß sie das „kommunistische Bauernprogramm“ unterzeichnen würden, die Begleichung sämtlicher Schulden versprochen habe. Es wurde weiter mitgeteilt, daß ein kommunistischer Hofbesitzer aus dem Kreise Dannenberg unter Mißbrauch des Namens von Claus Heim im Kreis Lüneburg versucht habe, Stimmung für die KPD zu machen. In einem Brief der Landvolkfürher, der anschließend zur Verlesung kam und an den Hannoverschen Landbund gerichtet war, wird versichert, daß die Landvolkbewegung nicht daran denke, den kommunistischen Lockungen zu folgen.

Schlaglichtartig beleuchtet diese Meldung von neuem die grauenhafte Korruption, die von der derzeitigen Leitung der kommunistischen Partei Deutschlands zur Grundlage ihrer politischen Tätigkeit gemacht worden ist. Der Kauf von Politikern — die Geschichte hat diese Methode der „Politik“ bisher stets im Schoße aussterbender Klassen produziert, im Schoße von Klassen, deren ökonomisches Herrschaftsfundament zusammenzubrechen drohte, deren soziologische Grundlage zur Aufrechterhaltung der Macht in den bis dahin normalen Formen nicht mehr ausreichte. Daß eine Partei, die revolutionär sein will, deren soziale Grundlage bei richtiger Politik täglich breiter und tragfähiger werden mußte, zu solchen Mitteln greift — das ist ein Zeichen der Entartung, das einer Katastrophe nahe kommt.

Obendrein zeigt uns auch diese Affäre wieder, wie hoffnungslos verblendet die KPD dem deutschen Bauernproblem gegenübersteht. Gebiendet durch schematische Vergleiche mit Rußland, merkt die KPD nicht, wie sozial unsinnig die Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung für Deutschland ist. Denn diese Bauernschaft in Deutschland ist keinesfalls — wie sie es in Rußland war — ein revolutionärer, sondern ein hoffnungslos reaktionärer Faktor. Wäre es anders — die Politik einer revolutionären Partei müßte sie erfassen, und nicht der Kauf von ein paar wüßgewordenen Bauerzführern.

A la Boxheim

Die Teillhausrezepte der ungarischen Putschisten

Budapest, 1. Dezember.

Aus den Aussagen der wegen der Putschpläne Verhafteten geht hervor, daß sie eine Kundgebung vorbereitet hatten, in der es heißt:

Alle Banken sind zu sperren, die Zahlung von Zinsen und die Rückzahlung von Kapital werden aufgehoben. Derjenige, der zahlt oder zurückzahlt, wird mit dem Tode bestraft. Die Abepselung erfolgt gemeinsam; es wird die Arbeitspflicht eingeführt, jedoch nicht für Juden, die dagegen auch von der gemeinsamen Abepselung ausgeschlossen sind und sich selbst ihre Lebensmittel zu beschaffen haben. Jeder Beamte ist verpflichtet, auf seinem Platz zu bleiben und sich zum Dienst zu melden. Wer es am ersten Tage nicht tut, wird erschossen.

Die Linksblätter haben die Ähnlichkeit dieser Ausführungen mit dem von dem hessischen Nationalsozialisten Dr. Best verfaßten Schriftstück hervor.

Auf der Liste der festzunehmenden Geiseln steht auch der Name des stellvertretenden Polizeichefs von Budapest, Hetenyi.

Aus dem Verhör der Verhafteten geht weiter hervor, daß sie bestimmt auf das Gelingen ihres Unternehmens und auf die Durchsetzung ihrer Absichten in den ersten Tagen rechneten.

Die Putschisten hatten auch bereits die Ministerportefeuilles unter sich verteilt. Der Fähnrich Krylenko sollte Kriegsminister werden. Als Minister des Außenwesens war der Fechtmeister Toth vorgesehen.

Von der Heimwehr zu den Nazis. Wie die Blätter aus Graz melden, hat der Steirische Kreis des Bundes Oberland den Austritt aus der Heimwehr und den Beitritt zu den Nationalsozialisten beschlossen.

Ganz wie bei uns

Der Innenminister bagatellisiert

Budapest, 1. Dezember.

Im Abgeordnetenhaus erklärte Innenminister Keresztes zu dem Putschversuch, daß keinerlei Grund zur Beunruhigung vorhanden sei. Abenteuer hätten im Interesse verschwommener politischer Ziele Attentate begangen wollen. Die ganze Aktion sei nicht von großer Bedeutung gewesen, es hätten keine Massen hinter ihnen gestanden. Die Regierung hätte dennoch energisch eingreifen müssen, da in der gegenwärtigen schwierigen Lage selbst die geringste Ordnungstörung innen- und außenpolitisch für das ganze Land schädlich wäre. Die Regierung werde dafür sorgen, daß ähnliche Fälle sich in Zukunft nicht ereignen können. Die Staatsgewalt sei stark genug, um die Ordnung in jeder Hinsicht zu wahren.

Pack schlägt sich . . .

Saalschlacht

zwischen Nazis und Hahnenschwänzern

C.N.B. Innsbruck, 1. Dezember.

Für Montag abend war eine Versammlung der ostmärkischen Sturmtrupps und der befreundeten Partigruppen in den großen Stadtsaal einberufen worden, in der Nationalrat Dr. Kolb über „Das zerrissene Tirol“ und Nationalrat Dr. Schuschnigg über „die legitime Gefahr“ sprechen wollten. Von Beginn der Versammlung an ließen jedoch die Nationalsozialisten den Vorsitzenden und Dr. Kolb nicht zu Worte kommen, indem sie durch Pfeifen, Zwischenrufe und organisierte Sprechchöre:

Für Krieg oder Frieden? In New York ist ein Apparat erfunden worden, mit dem eine sich in einem Flugzeug befindende Person sich mit einer zweiten Person auf der Erde verständigen kann. Das britische Ministerium für Luftfahrt hat einen derartigen Apparat zu Probeswecken gekauft.

Sportschau der SAZ

Niederhau wieder Bezirksmeister Rekordbesuch in Wilkau (Sachsen) — 3000 Zuschauer

Niederhau wieder Bezirksmeister Text 2sp. Rekordbesuch in Wilkau — 3000 Zuschauer. Es war ein ungeheurer Erfolg, dieses Spiel, ein Erfolg wie man ihn so groß nicht erwartet hatte. Schon von 12 Uhr ab setzte der Zustrom von nah und fern ein, an den Zugängen stauteten sich die Massen und die Hakenkreuzergarden, die zu gleicher Zeit in unmittelbarer Nähe des Sportplatzes zum Marsch für die Reaktion stellten, erstaunten ob der gewaltigen „Völkerwanderung“ nach dem Sportplatz.

Vor Spielbeginn alles in Spannung. Im Gänsemarsch kommen die Mannschaften anmarschiert, blitzschnell wird Aufstellung genommen, und schon ist das Spiel im vollen Gang. Die Haßlauer, als die erprobteren Kämpfer, zeigen größere Sicherheit, die Vielaue Aktionen werden öfters durch große Nervosität gestört. Der Schiedsrichter konnte dem schnellen Spiel kaum noch folgen. Erstaunlich war, wie er dennoch die kleinsten Unregelmäßigkeiten herauspuffte. Immer mehr offenbarte sich während des Kampfes, daß sich zwei Mannschaften gegenüberstanden, die sich in allen Regeln des Fußballspiels ebenbürtig waren. Die erste Spielhälfte verging torlos und zeigte, deutlich, daß mit großem Torunterschied nicht zu rechnen war.

In der 65. Minute führte Vielau 1:0. Bis zum Ausgleich dauerte es höchstens zwei Minuten. Ein verlängerter Strafstoß, versperrte Sichtmöglichkeit des Vielaue Torwarts, und der kleine, nicht ganz unverdiente Vorsprung Vielau war aufgeholt.

Der Halbrechte war glücklicher Torschütze. Wieder steigerte sich Tempo und Leistungen. Die Vielaue gerieten etwas in die Defensive. In dieser Periode sollte nun ein eigenartiger Zufalltreffer die Entscheidung herbeiführen. Wieder war dem Vielaue Torwart die Aussicht versperrt. Auf der rechten Seite des Torraums war der spannendste Nahkampf im Gange, der Halblinke hatte seine Stellung gewechselt, befand sich in Schulstellung, der Torwart hatte wohl im letzten Moment die Gefahr vorausgesehen, im selben Moment wurde ihm aber der Ball durch die Beine geschossen.

Als der einwandfreie Schiedsrichter (Genosse Jennigen, Leipzig-Paunsdorf) den Kampf beendete, war Haßlau glücklicher Sieger und hatte den Titel Bezirksmeister erneut an sich gebracht.

Weitere Resultate:

Haßlau—Vielaue 2:1; Mylau—Zwickau-Süd 0:2; Reichenbach—Plauen-Eintracht 2:2; Cainsdorf—Wilkau 2:2; Zwickau-Nord—Marienthal 3:2; Zwickau—Ebersbrunn 3:3; Crimmitschau—Werdau 7:0; Neukirchen—Meranne 5:4; Pöhlau—Ponitz 1:0; Bockau—Rotschau 4:6; Steinpleis—Zwickau II 12:1; Wiesenburg—Friedrichsgrün 0:4.

Fußball im Burgstädter Bezirk

In dem Spiel Claußnitz I—Burgstädt I fiel eine sehr wichtige Entscheidung. Nachdem nun Claußnitz unterlag und bloß noch Zaura als Meister in Frage zu kommen scheint, dürfte die Spannung bei den diesjährigen Punktspielen vorüber sein.

Sportfreunde Claußnitz—Frisch auf Burgstädt 2:7.

Gleich mit Anstoß stand es fest, daß der Platzbesucher wenig zu bestellen hatte, Burgstädt war in großer Fahrt und siegte trotz dem hohen Ausgang sicher.

Göppersdorf I—Wittgensdorf I 5:1; Röhrsdorf I—Berthelsdorf I 2:3; Claußnitz II—Burgstädt II 2:4; Burgstädt III—Jahn III-Mittweida 0:5; Röhrsdorf A. M.—Glöta II 3:0; Röhrsdorf III—Göppersdorf II 5:1; Claußnitz J.—Vorwärts-Chemnitz J. 1:2; Burgstädt Kn.—Jahn-Mittweida Kn. 1:7.

Sport im Vogtland

Nach den Berichten zu urteilen, scheint der 8. Bezirk keinen allzu starken Spielbetrieb gehabt; und doch ist Tatsache, daß die gesamte I. Gruppe einen regen Spielbetrieb hatte. Wo bleiben aber die Berichte?

Raschau—Spiely. 23 1:0. Die beiden Ortsrivalen lieferten sich bei herrlichem Herbstwetter vor zahlreichen Zuschauern ihr letztes Serienspiel. Beide Mannschaften spielten etwas aufgeregt und ließen sich leider des öfteren zu unfairen Handlungen hinreißen. Wenn in der 1. Halbzeit Raschau tonangebend war, so kann man dies in der 2. Hälfte von Spiely. 23 sagen. Alles in allem war es ein Kampf, der die Zuschauer von Anfang bis Ende in Spannung hielt. Den Oelsnitzern Spielern muß mit auf den Weg gegeben werden, daß auch sie bei einer Niederlage etwas mehr Disziplin bewahren möchten.

Raschau—Treuern 5:1. Die Raschauer brachten es fertig, den Treuern eine derbe Niederlage beizubringen. Das Spiel selbst stand auf einer hohen Stufe, so daß die Raschauer Genossen mit einer guten Disziplin alles aufbieten konnten.

Lauterbach—Hirschberg 7:2. Man versprach sich von diesem Spiel nicht allzu viel und sah sich bei der Abwicklung des Spieles stark getäuscht. Die Gäste zeigten einen besonderen Fußball und so kam es, daß die Lauterbacher Genossen in der 1. Halbzeit alles aufbieten mußten, um einen 1:0-Stand herbeizuführen. Nach dem Wechsel kam Lauterbach zu zwei schnellen Erfolgen, die bei den Gästen etwas niederdrückend wirkten. Trotzdem leisteten die Gäste einen harten Widerstand, nur hatten sie einen schwachen Punkt, indem sie dem Lauterbacher Halblinken nicht den nötigen Widerstand entgegenbrachten. Die Spielweise der Gäste ist bestens zu empfehlen, da sie alle Entscheidungen des Schiedsrichters mit aller Ruhe hinnahmen.

Kleinfriesen—Wacker 1:2. Das Spiel stand im Zeichen einer zweiten Klasse; denn keine Mannschaft vollbrachte geschlossene Leistung.

2. Klasse

Kürbitz 2—Spiely. 23 1:5; Kleinfriesen—Wacker 1:1; Eiche 5. Abt.—Bernsgrün 3:2; Eiche 5. Abt.—Bösenbrunn I 5:3; Haselbrunn—Eiche 5. Abt. Am. 4:4.

Resultate der Handballspiele

Falkenstein I—Schwimmer I 4:11 (2:5); Falkenstein Jgd.—Schwimmer II 8:5 (4:3); 4. Abt. I—Schwimmer I 3:5 (2:2); 5. Abt. I—1. Abt. I 1:6 (0:2); Haselbrunn III—4. Abt. I 4:1 (1:1); 2. Abt. I—Haselbrunn I 1:6 (0:2); 2. Abt. II—2. Abt. Jgd. 7:1 (2:1).

Arbeitersport am Kyffhäuser.

Handball

Kelbra I—Großwechungen I 7:2 (1:0). Was Kelbra an technischer Leichtigkeit zeigte, versuchte der Gegner durch Härte zu ersetzen.

Fußball

Kelbra I—Kleinwerther I 5:0 (0:0). Bis zur Pause schien es bei den Kelbrern nicht zu klappen. Erst nach Halbzeit konnten sie durch gute Kombination ihre Tore anbringen.

Kelbra II—Kleinwerther II 0:0. Die zweiten Mannschaften trennten sich nach gleichwertigem Spiel torlos.

Sachsen-Sport Handballspiele

im 6. Bezirk (Südwestsachsen)

Haßlau I—Werdau I 9:3

Haßlau zeigte sich seinen Zuschauern wieder einmal in Hochform. Der Sturm fand sich trefflich zusammen und sparte nicht mit kräftigen Torwürfen. Nach dem Wechsel wurde Werdau besser und spielte sehr eifrig.

Lichtentanne I—Stöcken I 4:2

Der Ausgang dieses Spieles bedeutet eine kleine Sensation, denn wohl niemand hat geglaubt, daß Stöcken gerade in Lichtentanne die erste Niederlage in den Freundschaftsspielen beziehen wird. Die Lichtentanner Eif fand sich überraschend gut zusammen und war in der ersten Halbzeit Stöcken ebenbürtig. Die Gäste waren scheinbar auf soviel Widerstand nicht gefaßt und hatten den Gastgeber unterschätzt.

Turner Crimmitschau I—Planitz I 6:5

In der ersten Halbzeit war Planitz etwas überlegen, aber die Tore warf Crimmitschau. Der Kampf um den Sieg flammte beim Ausgleich der Planitzer wieder sehr auf. Der Gastgeber holte sich dann wieder die Führung.

Leubnitz I—Planitz I 3:10

Auf dem schlechten Leubnitzer Platz verlief das Spiel sehr aufgeregt und hart. Leubnitz klappte das Zuspiel ausgezeichnet. Leubnitz verdaß sich selbst viel Gelegenheit durch gegenseitiges Behindern.

Reinsdorf I—Haßlau II 6:2

Die Haßlauer Mannschaft hat in letzter Zeit viel von ihrer früheren Spielstärke eingebüßt.

Wilkau II—Oberreichenbach I 4:1

Nach einem mäßigen Spielverlauf hätte Reichenbach ein besseres Resultat erzielen können, wenn die Mannschaft einen besseren Torwurf besäße.

Neukirchen I—Planitz II 4:6

Die junge Neukirchner Mannschaft holte sich einen Achtungserfolg.

Wilkau III—Oberreichenbach II 3:4

Spielerinnen: Turner Crimmitschau—Planitz 0:3; Jugend: Neukirchen—Planitz 0:1.

Die südwestsächsischen Turnerinnen tagen

Nach vorausgegangener Turnstunde versammelten sich aus 35 Vereinen die Vertreterinnen und Vertreter des Zwickauer Bezirks zur diesjährigen Hauptversammlung.

Der technische Stoff der Übungsstunde fand Zustimmung. Der Jahresbericht sprachte die geleistete Arbeit wieder. Hierbei wird auch der Parteistreit besprochen. Allgemein wurde zum Ausdruck gebracht, unter allen Umständen ein Überkreuzen dieses Zwistes auf unsere Sportbewegung zu vermeiden.

Die Einheit im Arbeitersport muß aufrechterhalten werden! In dieser Frage wird die Stellungnahme der Kreisleitung des Kreises Sachsen und der Instanzen unseres Bezirks, die sich den Beschluß der Kreisleitung zu eigen gemacht haben, für richtig belunden. Der einstige Beschluß des Bundesvorstandes hingegen beschwört die Gefahr der Zersplitterung unseres Bundes herauf.

Es muß erwartet werden, daß der Bundesvorstand seine Stellung revidiert, da sonst unabsehbare Folgen für den Bund entstehen können.

Der vorgelegte Jahresplan findet einstimmige, und der Antrag, Bezirksfest aller Sparten 1932, gegen zwei Stimmen Annahme.

Die Neuwahlen ergaben einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Bezirksfrauenausschusses: Genossinnen Sealek, Uhlig, Dick; zum Bezirksfest aller Sparten vorstehende und dazu die Genossinnen Schädlich, Schwedewitz 1912, Gotz, Crimmitschau, Pippig, Netzschkau; Ersatz: Leuchsenring und Körner.

Bezirksfrauenvertreterin für den Organisationsbezirk wird einstimmig Martha Sealek, I. Bezirksfrauenwart Alfred Käseberg, 2. Frida Uhlig, einstimmig. Der gemeinsame Gesang „Wann wir schreuten“ gab dieser zum besuchten Hauptversammlung einen würdigen Ausklang.

Südwest Bezirksmeister in Leipzig

Südwest—West 03 2:0 (1:0).

Das Entscheidungsspiel um die Fußballmeisterschaft hatte seine Anziehungskraft nicht verfehlt. Ueber 4000 Zuschauer hatten sich auf dem Südostplatz eingefunden. — Südwest hatte Trauer, einer ihrer besten Spieler war vor einigen Tagen tödlich verunglückt; nach 30 Minuten Spielzeit wurde deshalb zur Ehrung des toten Genossen das Spiel auf eine Minute unterbrochen. — Das Spiel selbst war ausgeglichen, am Anfang ist West überlegen. Die Stürmer schießen sehr gefährliche Bälle aufs Tor; Südwests Torwart ist aber jeder Situation gewachsen. Bald findet sich auch Südwest zusammen, und das Spiel wird offen. Nach 20 Minuten Spielzeit schießt Südwests Linksaußen einen Ball auf das Tor, der Torwart will den scharfen Ball fausten, lenkt ihn aber selbst ins Tor. — Bis zur Halbzeit hatte West Gelegenheit, den Ausgleich zu erzielen, aber Südwests Torwart greift immer in letzter Minute ein. — Gleich nach Anfang der zweiten Halbzeit schießt Südwests Mittelstürmer aufs Tor, der Torwart fängt den Ball, läßt ihn aber fallen, so daß der Nachschuß des Halblinken den zweiten Treffer für Südwest bringt. — Jetzt wird wieder West überlegen, die guten Angriffe bringen zwar das Tor Südwests in Gefahr, aber West hat kein Glück. — Mit 2:0 für Südwest endet das abwechslungsreiche Spiel. — Südwest war zwar technisch überlegen, dies glich jedoch West durch Eifer und Schnelligkeit aus. — Dem Spielverlauf nach, konnte der Meister ebenso West 03 heißen. — Der Schiedsrichter war einwandfrei. O. H.

Breslau

Guter Sport am Sonntag

Bei kaltem, trockenem Wetter wurden die gestrigen Spiele abgewickelt. Es wird durchweg von guten, werbenden Spielen berichtet. Einen sehr guten Erfolg hatte Eintracht-Masselwitz mit seiner Werberveranstaltung zu verzeichnen. Im einzelnen wird berichtet:

Wacker—West 2:1

Trotzdem Wacker unvollständig antritt, kann West die Mannschaft nicht schlagen. —

Eintracht—VfR. 0:0

Die Werberveranstaltung hatte für Masselwitz einen vollen Erfolg. Ganz besonders überrascht das gute Resultat, welches gegen VfR. errungen wurde. Die zweite Mannschaft wurde von VfR. II 2:0 geschlagen und auch die I. Jugend wurde von Union I Jugend 2:0 abgefertigt. Die Schüler trennten sich gegen Unionschüler unentschieden 1:1. — VfK.—Herrnprotsch 2:1. — Union—Schmolz 5:1. — VfL.—Falke 4:0. — Strehlen—FSB. 2:1. — 1921—Oswitz 3:1. — Einigkeit—ZdA. 3:1. — Südost—VfB. 3:2. — Herta—Einheit 3:2. — 1930—Ohlau 6:1. — Adler—Wratislawia 3:0. — Canth—Cawallen 3:0. — Sportfreunde—Märzdorf 4:1. — Sparta—Stern 3:3. — Vorwärts—Pfeil 2:2.

Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Vereinsjugendwart. Sonntag, 6. Dez., findet unser Turnmarsch nach Peiskerwitz (Naturfreundehaus) statt. Die Art der Durchführung bleibt den Abteilungen überlassen. Jede Abteilung muß Ankauf und Zeit in Peiskerwitz sowie Teilnehmerzahl im Hüttenbuch mitbringen. Wichtige Mitteilungen über polizeiliche Anmeldung folgen. Jugendobere sorgt für stärkste Beteiligung.

Achtung! Gemeinsame Turnstunde. Donnerstag, 3. Dez., 20 Uhr, in der Turnhalle Blücherstr. Gymnastik aller Frauen.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“

2. Dez., 20 Uhr, Sportauschubstzung im Heim, Mehlkass. Ecke Paulinenstraße.

Abteilung Stadtmitte. 3. Dez., Abteilungsabend bei Wend. Herzeustr. 7a.

Abteilung Friedwalde. 5. Dez., Abteilungsabend bei Koschel, Hundsfelderstraße.

Jugendabteilung. 4. Dez., 20 Uhr, Arbeitsgemeinschaft im Heim Nord, Thema: Rußland, Referent Gen. Rosenstem. 5. Dez., 20 Uhr, Tanzkreis in der Pestalozzischule, Michaelsstr. 78/80.

Motorradfahrerabteilung. 4. Dez., 20 bis 21 Uhr, Zahlabend im Zentralballsaal, Westendstr. 50.

Volksbühne

Theat. a. Bismarckstr.

D 1, Norden 2046

Tagl. 8 Uhr

Rudolf Forster

in

Der grüne Kakadu

und

Der Kammerjäger



Bettfedern

aus erster Hand, dab. billig. Dopp. gereib. füllkräft. Prd. grüne 80 Pf., geschliss. 75 u. 90 Pf. Rupp. wach 1,50. Halbdunen 2,75, weiß 4., buch fein 2., geschliss. weiß 2,50. Schließhalbf. 5., Daunen 4., 7., weiß 7., 10., Oberbetten, 11 scht. dicht. 12l. 12.—, 14,50, 18.—, 20.—, 22.—, 24.—, 26.—, 28.—, 30.—, 32.—, 34.—, 36.—, 38.—, 40.—, 42.—, 44.—, 46.—, 48.—, 50.—, 52.—, 54.—, 56.—, 58.—, 60.—, 62.—, 64.—, 66.—, 68.—, 70.—, 72.—, 74.—, 76.—, 78.—, 80.—, 82.—, 84.—, 86.—, 88.—, 90.—, 92.—, 94.—, 96.—, 98.—, 100.—

Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4.75.

Freie Verlagsgesellschaft

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 57

Die Roten Bücher der Marxistischen Büchergemeinde

Im Dezember erscheint

Bd. IV

Sozialistische Programme und die SAP zur Programmdebatte der SAP von Anna Siemsen

In Vorbereitung, Bd. V

Gewerkschaften im Klassenkampf

Preis für Mitglieder 3,— (kein Eintrittsgeld) — Bei Einzelbezug 4.75.

Freie Verlagsgesellschaft
Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 57

Stärkt den Presselands



„Der Klassenkampf“

erscheint am 1. Dezember in seiner alten Form weiter!

Nicht im Laub-Verlag, sondern in der Freien Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67

Das neue Heft enthält Beiträge von Max Seydewitz / Unser Ziel und unsere Aufgabe; Ed. Weckerle / Unsere Stellung zur Gewerkschaftsbewegung; R. Scheider / Die KPD und die Gewerkschaften; August Siemzen / Die sozialistische Arbeiterpartei und die Kulturorganisation der Arbeiterklasse. Ferner: Kulturreise, Bücherschau, Notizen und Glossen.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . . 2,40 RM. einschl. Bestellgebühr
wöchentlich . . . 0,60 RM. einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsabnehmer der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m b H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16

Jeder Genosse kann

bei seinen Verwandten mindestens 10 Broschüren absetzen / Damit leistet er seiner Bewegung große Dienste

Werbt für die „SAZ“

Bezieher der Zeitschrift
„Der Klassenkampf“

die von ihren Buchhandlungen nicht beliefert werden, wenden sich direkt an die Freie Verlagsgesellschaft, Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkors 67